

AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



SA-TERROR UND WIDERSTAND IN CHARLOTTENBURG
Geschichtspolitik im „Kleinen Wedding“

MITGLIEDERRUNDBRIEF 85 · AUGUST 2021

IMPRESSUM

Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

Tel. +49(0)30-263 9890 39

Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de

www.aktives-museum.de

Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Dr. Karoline Georg

Astrid Homann

Dr. Gerd Kühling

Christine Kühnl-Sager

Angelika Meyer

Dr. Ruth Preusse

Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

Redaktion

Kaspar Nürnberg

Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH

www.druckgott.de

Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

Spendenkonto

Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEBEXXX

Bildrechtenachweis

Titel IWM, London, BU 10388, Fotograf: Sergeant Christie

S. 2 OTFW, Berlin, WikiCommons

S. 3 Anna Duda, Berlin

S. 7 Scherl/SZ Photo, Bild Nr. 00366436

S. 8 SZ Photo, Bild Nr. 00299537;

Bundesarchiv, Bild Nr. 183-2021-0520-501

S. 9 Bundesarchiv, Bild Nr. 183-2021-0520-500;

ullstein bild, Fotograf: Herbert Hoffmann

S. 10 IWM, London, BU 10388, Fotograf: Sergeant Christie

S. 11 picture alliance, Bild Nr. 84065854, Fotograf: Johann Willa

S. 12 Museum Friedrichshain-Kreuzberg, Bild Nr. B01_0065_18-1,

Fotograf: Jürgen Henschel

S. 17 Stadtmuseum Berlin, Bibliothek

S. 19 GDW, Berlin; Bund der „Euthanasie“-

Geschädigten und Zwangssterilisierten e.V., Detmold

S. 21 Verlag Walter Frey, Berlin

S. 22 Sammlung Judith Hahn, Berlin

S. 23 Mitte Museum, HMW-FS AB 822,

Fotograf: Alois Bankhardt / Telegraf

S. 24 Creative Commons, Fotograf: Jörg Zägel

S. 25 Privatarchiv Corry Guttsstadt, Hamburg

S. 26 OTFW, Berlin, WikiCommons

S. 27 Privatarchiv Corry Guttsstadt, Hamburg

S. 30 Privatarchiv Jeanine Bochat, Bad Schandau

S. 31 Privatarchiv Jeanine Bochat, Bad Schandau;

Jean Paul Martinon, London

S. 32 Privatarchiv Jeanine Bochat, Bad Schandau

INHALT

- 2 Editorial**
Christoph Kreuzmüller
- 3 Vorstellung der Leiterin der Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen**
Nora Hogrefe
- 5 SA-Terror und Widerstand in Charlottenburg.
Geschichtspolitik im „Kleinen Wedding“**
Gerd Kühling
- 15 crowdCuratio: Ausstellungen gemeinsam virtuell kuratieren**
Astrid Homann
- 16 Vom Anti-Kriegs-Museum zum Kurt-Schumacher-Haus.
Ein historischer Rundgang zu Gedenktafeln, Stolpersteinen und anderen Erinnerungszeichen
an die Zeit des Nationalsozialismus**
Heike Stange
- 24 Berliner Entschädigungsakten als Quellen für die Biografien von türkischen Jüdinnen und Juden.
Drei Beispiele: Die Gebrüder Alfandary – Edmond Adout – Haim Ichoi Avigdor**
Corry Guttstadt
- 30 Über Erna Lugebiel, geb. Voley (1898-1984),
anlässlich der Anbringung einer Berliner Gedenktafel in der Grolmanstraße 28**
Jeanine Bochat / Christl Wickert

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Die dritte Welle der Pandemie hat uns alle vor große Herausforderungen gestellt. Die soziale Isolation wird bleibende Spuren hinterlassen. Die Hinwendung allzu vieler zu hanebüchenden und gefährlichen Theorien bleibt trotzdem schwer erklärlich. Dass die marktschreienden Besserwiser*innen sich dabei immer wieder auf die Shoa beziehen, ist ebenso erbärmlich wie erschreckend.

Dessen ungeachtet hoffe ich, dass Ihr alle die Möglichkeiten genießt, wieder am kulturellen Leben teilzuhaben. Ganz besonders möchte ich Euch die Ausstellung „Anything goes?“ über Ost- und West-Berliner Architekturen der 1980er-Jahre in der Berlinischen Galerie ans Herz legen. Darin ist auch der Wettbewerbsentwurf der Architekten Christian Enzmann und Bernd Ettl für die Gestaltung des „Gestapo-Geländes“ zu entdecken, den diese 1983 von Ost-Berlin aus eingereicht haben – und dafür bestraft wurden.

Dass wir es trotz der Einschränkungen der Pandemie geschafft haben, die Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen unter unserem Vereinsdach zu etablieren und die Stelle mit Nora Hogrefe zu besetzen, die sich in diesem Rundbrief vorstellt, erfüllt mich mit einem gewissen Stolz. Ohne die Umsicht unseres Geschäftsführers hätten wir das allerdings nie geschafft. Danke, lieber Kaspar!

Über den Umgang mit dem in Stein gemeißelten Andenken der Nationalsozialisten für einen getöteten SA-Mann, den Joseph Goebbels zum Märtyrer aufbaute, im damaligen Charlottenburger Arbeiterkiez „Kleiner Wedding“ berichtet Gerd Kühling in seinem Beitrag „SA-Terror und Widerstand in Charlottenburg“.

In den großen, den richtigen Wedding, führt uns dann Heike Stange und nimmt uns mit auf eine Tour vom Anti-Kriegs-Museum zum Kurt-Schumacher-Haus. Dass sich der Besuch des Museums in der Brüsseler Straße auf jeden Fall lohnt, sei hier hinzugefügt. Das

vor knapp einhundert Jahren erschienene Buch „Krieg dem Kriege“, das den Ausgangspunkt für das Museum bildete, hat ja ganz nebenbei auch Foto-Geschichte geschrieben.

Astrid Homann informiert uns über ein Projekt, in dem wir ein Werkzeug entwickeln werden, um Prozesse des Kuratierens mit verschiedenen Beteiligten klug im Netz zu gestalten.

Wie wichtig die Akten der Berliner Entschädigungsbehörde sind, die unsere Arbeit immer wieder auf großartige Weise unterstützt, zeigt der Beitrag von Corry Guttstadt.

Jeanine Bochat und Christl Wickert machen uns abschließend besser bekannt mit Erna Lugebiel, für die – pandemiebedingt ohne Enthüllungsveranstaltung – Ende Februar eine Berliner Gedenktafel in der Grolmanstraße 28 montiert wurde.



An ihrem 125. Geburtstag wurde am 5. März zudem eine Berliner Gedenktafel für die Filmkritikerin und -historikerin Lotte Eisner an ihrem letzten Berliner Wohnort in der Marbacher Straße 18 enthüllt. Von hier aus flüchtete sie vor dem Nationalsozialismus nach Paris, wo sie auch ihr großartiges Buch „Dämonische Leinwand“ über den deutschen Stummfilm verfasste.

Ich freue mich sehr darauf, viele von Euch bei unserer Mitgliederversammlung zu sehen, die am Dienstag,

den 21. September anberaumt ist. Wir planen, diese „in echt“ durchzuführen, wobei wir natürlich die dann herrschenden Hygienebestimmungen einhalten werden, um uns alle zu schützen.

Wie genau der Herbstsalon des Aktiven Museums – wohl zum Thema Straßenumbenennungen – stattfinden wird, ist noch nicht ganz klar. Fest steht nur, dass wir an der Vorbereitung desselben bereits arbeiten.

Ganz herzliche Grüße, auch namens meiner Vorstandskolleg*innen

Christoph Kreuzmüller
Vorsitzender

VORSTELLUNG DER LEITERIN DER KOORDINIERUNGSSTELLE HISTORISCHE STADTMARKIERUNGEN

Nora Hogrefe



Zum 1. März 2021 habe ich die Leitung der neuen Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen übernommen und möchte diesen Rundbrief als Gelegenheit nutzen, mein Aufgabengebiet und mich kurz vorzustellen. Zunächst wird es vor allem darum gehen, Projekte und Informationen über Gedenk- und Erinnerungstafeln sowie andere Formen der historischen Stadtmarkierungen – aus allen Epochen der Berliner Stadtgeschichte – zusammenzutragen. Parallel dazu möchte ich innovative Ideen zu partizipativen Erinnerungsprojekten im öffentlichen Raum zur Diskussion

bringen: Wie können die Gedenktafeln aus Porzellan der 1980er-Jahre auch heute Teil einer lebendigen Erinnerungskultur sein? Welche Personen(gruppen) sind auf diesen Tafeln bisher zu wenig vertreten und geehrt? Wer fühlt sich von historischen Informations- und Gedenktafeln angesprochen und nimmt diese als Erinnerungszeichen bzw. als Ehrung im Stadtraum wahr? Diesen und weiteren Fragen möchte ich mich in den kommenden Jahren widmen und freue mich darauf, dazu mit Ihnen und Euch in einen engagierten Austausch zu treten.

Nach meinem Studium der Europäischen Ethnologie an der Humboldt-Universität zu Berlin arbeitete ich als wissenschaftliche Volontärin im Brücke-Museum. Dort unterstützte ich den Aufbau des neuen Bereichs „Bildung und Outreach“, was mein Engagement für diskriminierungskritische Arbeit sowie für Partizipation und Repräsentation in Ausstellungen und in der Kulturarbeit stark beeinflusste. Die historische Sammlung expressionistischer Werke der Künstlergruppe Brücke sollte in zeitgemäßen Ausstellungen und Bildungsprojekten für möglichst viele Menschen zugänglich und kritisch aufgearbeitet werden. Wie können über 100 Jahre alte Gemälde für die gegenwärtige Gesellschaft interessant sein? Welche Fragen haben Jugendliche an die männlichen Künstler und ihre überwiegend weiblichen, häufig nackt dargestellten Modelle? Wie kann ein Museum am Berliner Stadtrand im Grunewald Teil der urbanen Kunstszene bleiben?

Ich schätze den Blick in die Vergangenheit, um sich kontinuierlich vor Augen zu führen, dass die Gegenwart menschengemacht und damit nicht „natürlich“ oder unveränderbar ist. Alle Strukturen haben ihre Entwicklungsgeschichte und können somit im Laufe der Zeit an sich verändernde Anforderungen angepasst werden. Als grundlegend dafür sehe ich eine fortlaufende (Selbst-)Reflexion und ein dezidiertes Hinterfragen der Gegebenheiten. Ähnliches gilt für die Sprache. Sie ist immer im Wandel begriffen und muss im 21. Jahrhundert notwendigerweise die unterschiedlichsten Änderungen und neuen Worte aufnehmen. Ein besonderes Anliegen bei Erinnerungsprojekten

ist mir eine gerechte und verständliche Sprache, die zu den Lebensrealitäten möglichst vieler Menschen passt. Denn Sprache schafft Wirklichkeit.

Die aktuelle Repräsentation nicht-männlicher und nicht-heterosexueller Personen in der öffentlichen Erinnerung ist gering und entspricht keinesfalls der Berliner gesellschaftlichen Realität. Auch die Beiträge von People of Colour, von behinderten Personen, migrantisierten Personen, Personen der Arbeiter*innenklasse oder Ost-Berliner Personen kommen in der öffentlichen Erinnerungskultur zu kurz. Daher strebe ich eine Vernetzung von Initiativen an, die sich einer diskriminierungskritischen Erinnerungsarbeit widmen und in diesem Gebiet wegweisende Impulse setzen. Damit erweitert sich der Themenschwerpunkt des Aktiven Museums. Ich möchte einen Fokus auf Kontinuitäten zwischen Kolonial- und NS-Zeit legen sowie auf intersektionale Erinnerung, die vielschichtige Lebenswirklichkeiten und komplexe Ereignisse aus unterschiedlichen Perspektiven bespricht.

Diese Themen möchte ich mir, Ihnen und Euch mit auf den Weg geben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit!

Nora Hogrefe

SA-TERROR UND WIDERSTAND IN CHARLOTTENBURG

Geschichtspolitik im „Kleinen Wedding“

Der Dokumentarfilm „Straße im Widerstand“ von 1975 thematisiert den Widerstand der frühen 1930er-Jahre gegen den Nationalsozialismus.¹ Im Fokus steht die Umgebung rund um die ehemalige Wallstraße (heute Zillestraße) in Berlin-Charlottenburg. Es war eine Arbeiterwohngegend, die auch der „Kleine Wedding“ genannt wurde. Der Film zählte bei seiner Ausstrahlung zu den seltenen Dokumentationen in der Bundesrepublik, die den kommunistischen Widerstand würdigten: Überlebende von Konzentrationslagern und Zuchthäusern erzählen in ihm ihre Geschichte, und auch die Rezeption des Kampfes gegen den Nationalsozialismus nach 1945 ist Thema. Auf den berühmten Charlottenburger SA-Sturm 33 und seinen Anführer Hans Eberhard Maikowski wird in „Straße des Widerstands“ ebenfalls eingegangen. Gleich zu Beginn zeigt der Film das Gespräch mit einem älteren Herrn, der zur Umbenennung der Wallstraße in Maikowskistraße in der NS-Zeit befragt wird. Auf die Frage des Reporters, ob dieser Maikowski eine bekannte Person gewesen sei, gerät der zuvor recht redselige Mann plötzlich ins Stocken. Geradezu misstrauisch blickt er Richtung Kamera. Nach kurzen Ausführungen geht er schnell weiter. Dass auf offener Straße plötzlich über die NS-Vergangenheit des Kiezes und einen der bekanntesten SA-Männer des „Dritten Reiches“ gesprochen wurde, hatte ihn sichtlich verunsichert.

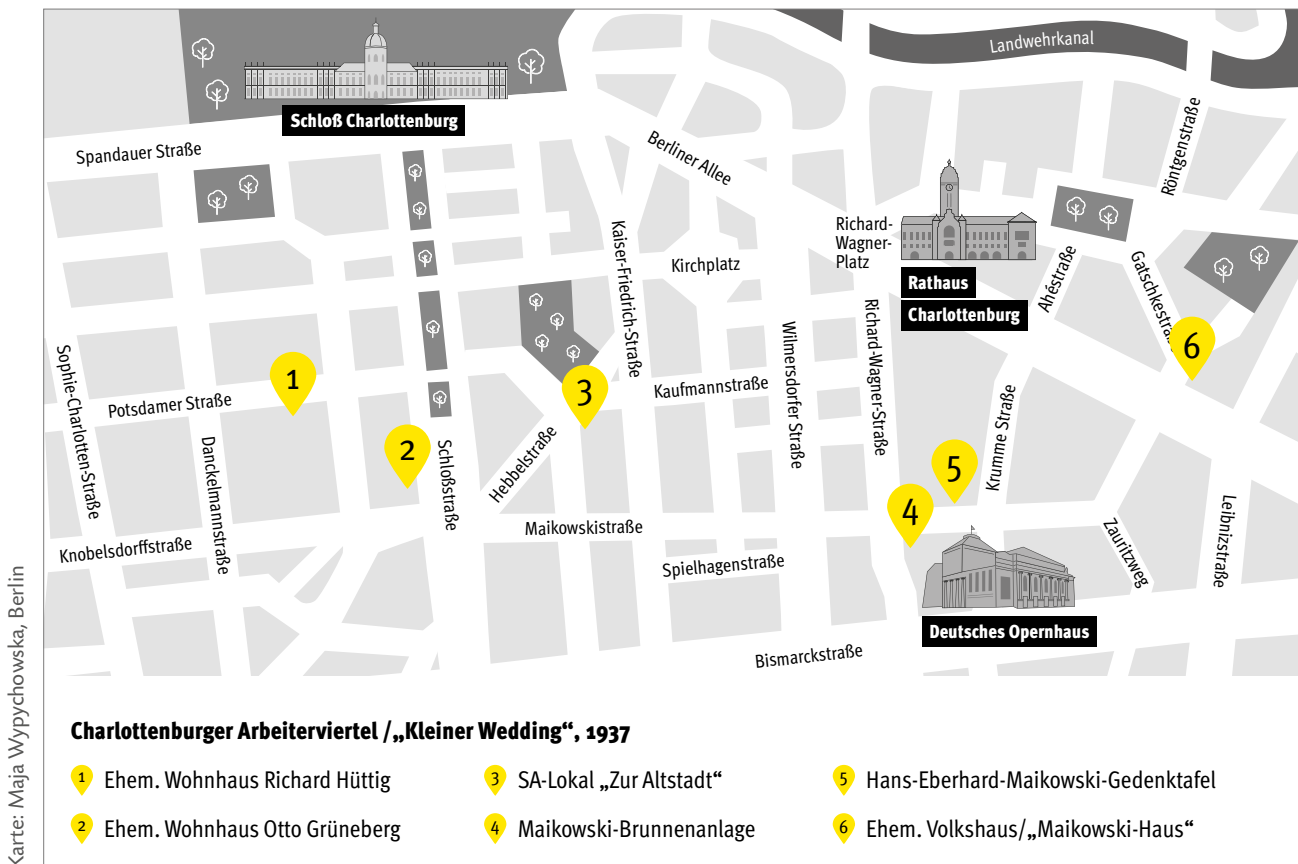
Zwar liegen nach Jahrzehnten der Zurückhaltung mittlerweile detaillierte Darstellungen zum Kampf um das Charlottenburger Arbeiterviertel vor. Auch gibt es konkrete Täter-Studien zum berühmten SA-Sturm 33, der später auch „Maikowski-Sturm“ genannt wurde. Doch trotz der Prominenz des Namensgebers, der neben Horst Wessel zum „Parademärtyrer des ‚Dritten Reiches‘ aufgebaut“ wurde², gibt es bisher nur knappe Erläuterungen dazu, wie sich die Heldenverehrung

Maikowskis im öffentlichen Raum niederschlug. Der vorliegende Beitrag möchte den SA-Terror im „Kleinen Wedding“ und die nationalsozialistische Geschichtspolitik beleuchten, die in den 1930er-Jahren rund um die ehemalige Wallstraße forciert wurde. In einem weiteren Abschnitt wird dargelegt, wie nach 1945 mit diesem Erbe umgegangen wurde, wie eine neue Erinnerungslandschaft entstand und welche Umstände und Protagonisten diese prägten.

Kampf um das Charlottenburger Arbeiterviertel

Der „Kleine Wedding“ war ein auf wenige Straßenzüge begrenztes Arbeiterviertel hinter der Städtischen Oper in Berlin-Charlottenburg. Hier lebten zahlreiche kommunistisch und sozialdemokratisch eingestellte Menschen. Bereits in den 1920er-Jahren war die Gegend Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der NSDAP, des Stahlhelms, des Rotfrontkämpferbundes der KPD und des republikanischen Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Zum Ende der Weimarer Republik verschärfte sich die Konflikte, da die SA Zulauf bekam und im „roten Kiez“ Fuß zu fassen versuchte.³ Es gab Tote und Verletzte auf beiden Seiten. Am 29. Januar 1931 erstachen Angehörige des SA-Sturms 33 vor ihrem Stammlokal „Zur Altstadt“ den Kommunisten Max Schirmer. Zwei Tage darauf wurde 200 Meter davon entfernt Otto Grüneberg angeschossen. Er schleppte sich noch in eine Kneipe im Erdgeschoss seines Wohnhauses in der Schloßstraße 22, wo er verstarb. Grüneberg war in der kommunistischen Jugendorganisation aktiv gewesen und hatte sich in einer der Häuserschutzstaffeln engagiert, die den Anwohner*innen Hilfe bei Angriffen der SA boten. Am Trauerzug für die beiden Ermordeten nahmen einige Tage später 10.000 Menschen teil. Noch Jahrzehnte danach erinnerte sich eine Zeitzeugin im Dokumentarfilm „Straße im Widerstand“ an das Ereignis: „Er hatte einen sehr guten Ruf, der Otto Grüneberg. Also das war ja die größte Beerdigung, die es je gegeben hat in Charlottenburg.“

Zwar waren andere Bezirke Berlins stärker von den Auseinandersetzungen zwischen KPD und NSDAP betroffen als das eher bürgerliche Charlottenburg: der



Karte: Maja Wypychowska, Berlin

Brennpunkt war der Bezirk Friedrichshain, gefolgt von Mitte und Neukölln.⁴ Im „Kleinen Wedding“ zeigten sich die Elemente der nationalsozialistischen Terror- und Mobilisierungspolitik jedoch wie unter einem Brennglas. Dazu zählte auch die Glorifizierung von „Blutzeugen der Bewegung“ auf Propagandaveranstaltungen und durch diverse Publikationen. Genannt sei in diesem Zusammenhang Herbert Gatschke, ein einstiger Angehöriger des Sturms 33. Er war im August 1932 bei einer Auseinandersetzung mit Kommunisten vor dem SA-Sturmlokal in der Röntgenstraße umgekommen. Die SA konstatierte seinerzeit, das „rote Mordgesindel“ habe Gatschke „bei einem feigen Überfall erschossen“ – tatsächlich war die tödliche Kugel versehentlich von einem SA-Mann abgefeuert worden.

Neben Gewalt und Einschüchterung gehörten provokative Machtdemonstrationen zur SA-Straßenpolitik. In Erinnerung geblieben ist vor allem eine Aktion vom Tag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler. Am Abend

des 30. Januar 1933, nach dem Fackelzug der SA durch das Regierungsviertel, marschierte der von Maikowski geführte SA-Sturm 33 nach seiner Rückkehr durch die Wallstraße, um auch hier den Anwohner*innen die neuen Machtverhältnisse vor Augen zu führen. Es kam zu einer Straßenschlacht und zu einer Schießerei. Der den Sturm dienstlich begleitende Schutzpolizist Josef Zauritz und Maikowski wurden tödlich getroffen. Die Nationalsozialisten behaupteten sofort, die beiden seien von Kommunisten ermordet worden, was von der Gegenseite entschieden bestritten wurde. Jahrzehnte später kam ans Licht, dass die gezielten tödlichen Schüsse auf das Konto eines SA-Mannes gingen und der Mord letztlich in Machtkämpfen unter Nationalsozialisten gründete. Die NS-Propaganda erklärte Maikowski 1933 dennoch umgehend zum „Blutzeugen der Bewegung“ und zum Nationalhelden. Am 5. Februar fand im Berliner Dom eine groß inszenierte Trauerfeier für ihn (und Zauritz) statt. Es war das erste Staatsbegräbnis unter dem neuen Regime.

Wenige Wochen später beschlagnahmte die Charlottenburger SA im März 1933 das ehemalige Volkshaus der SPD in der Rosinenstraße (heute Loschmidtstraße). Das unweit vom Rathaus des Bezirks gelegene Gebäude war ein höchst symbolischer Ort. SPD-Mitglieder sowie Angehörige von Gewerkschaften und Reichsbanner hatten es jahrelang für Veranstaltungen und Sitzungen genutzt, weshalb es den Nationalsozialisten seit jeher ein Dorn im Auge war. Nun richtete die SA in dem Haus demonstrativ Geschäftsräume und ein „Revolutionsmuseum“ ein, in dem sie erbeutete Bilder von Arbeiterführern, Abzeichen, Fahnen und allerlei Waffen präsentierte. Der kommunistische Schriftsteller Hans Schwalm, später bekannt unter dem Pseudonym Jan Petersen, hielt in seinem zeitgenössischen Roman „Unsere Straße“ zu den Ereignissen fest: „Das Charlottenburger Volkshaus - SA-Kaserne! 'Dieser marxistische Schweinestall wird zuerst ausgemistet', haben die Nazis früher schon immer erklärt. Maikowski-Haus haben sie es getauft. Die vergitterten Keller im Hof sollen mit Verhafteten gefüllt sein.“⁵

Tatsächlich waren in allen Berliner Bezirken nach den Reichstagswahlen vom März 1933 Haft- und Folterstätten entstanden. In einer Welle des Terrors verschleppte die zur Hilfspolizei ernannte SA zahllose politische Gegner*innen. Das „Maikowski-Haus“ wurde von April 1933 bis Januar 1934 als frühes Konzentrationslager genutzt. Vor allem Charlottenburger Kommunisten gelangten hierher, aber auch Oppositionelle aus anderen Parteien und anderen Teilen Berlins.⁶ Die Verschleppten wurden brutal misshandelt, ihre Schreie waren bis auf die Straße zu hören. Mindestens vier Menschen wurden im „Maikowski-Haus“ ermordet beziehungsweise starben später an den hier zugefügten Verletzungen.

In diesem Klima der Angst schufen die Nationalsozialisten im Straßenbild des „Kleinen Wedding“ weitere Fakten. Im Sommer 1933 verkündete das Berliner Amtsblatt, die bisherige Wallstraße werde in Maikowskistraße umbenannt und die Weimarer Straße – die kurze Verbindung zwischen Wall- und Bismarckstraße – in Zauritzweg. Am 20. August 1933 wurden am Haus

Maikowskistraße 52 – die Stelle, an der die Schüsse auf die beiden abgegeben worden waren – eine Tafel für Maikowski und eine Tafel für Josef Zauritz angebracht. Doch damit nicht genug: In der Ehrenhalle für die Gefallenen des Weltkriegs des Rathaus Charlottenburg ließ man eine Bronzetafel mit den Namen der SA-Männer Maikowski und Gatschke und des im Februar 1933 umgekommenen SS-Scharführers Kurt von der Ahé anbringen. Er war bei einer Auseinandersetzung mit Kommunisten gestorben, doch auch bei ihm kann nicht ausgeschlossen werden, dass die tödliche Kugel von einem SA-Anhänger stammte.



Urteilsverkündung des Sondergerichts im Prozess gegen Richard Hüttig (auf der Anklagebank ganz rechts) und weitere Angeklagte, 16. Februar 1934

Am 30. Januar 1934, ein Jahr nach den tödlichen Schüssen, fand in der ehemaligen Wallstraße ein großer SA-Aufmarsch und eine Gedenkfeier für Maikowski statt, bei der noch SA-Chef Ernst Röhm die Ansprache hielt. Zwei Tage später begann in Berlin der Prozess um den Tod des SS-Scharführers von der Ahé. Der Hauptangeklagte Richard Hüttig war einer der bekanntesten Kommunisten Charlottenburgs und Anführer der Häuserschutzstaffeln. Obwohl die Mordanklage nicht aufrechterhalten werden konnte, wurde Hüttig am 16. Februar 1934 zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung in Plötzensee erfolgte am 14. Juni 1934. Hüttig war das erste Opfer der NS-Terrorjustiz. Jahrzehnte später beschrieb eine Protagonistin des Dokumentarfilms „Straße im Widerstand“ seinen letzten Wunsch, der

ihm nach dem Urteil noch gewährt worden war: „Er wollte durch seine Straße gefahren werden. Und trotz Verbot war die Straße, seine Straße, voll von Blumen.“ Im Roman von Petersen wird der Leichenzug durch die Potsdamer Straße (heute: Seelingstraße) ebenfalls geschildert. „Hundertstimmig“ schrien Anwohner*innen in der engen Straße: „Rache! Rache! Rot Front!“⁷ Es war wie ein letzter Akt des Widerstands, der schon bald fast vollständig gebrochen war.

Denkmal für einen Mörder

Obwohl der „Kampf um Berlin“ in der NS-Propaganda hohen Stellenwert besaß, kam es für die „Blutzeugen der Bewegung“ erst Jahre nach der Machtübertragung zu größeren Erinnerungszeichen im Stadtraum. Eine auffallend große Zahl von Straßenumbenennungen erfolgte zum Beispiel 1937, dem Jahr des 700-jährigen Stadtjubiläums.⁸ Ebenso dauerte es bis November 1936, bis das große Denkmal für die sechs „Ermordeten der Bewegung der Innenstadt“ am Horst-Wessel-Platz (heute: Rosa-Luxemburg-Platz) eingeweiht wurde.⁹ Kurz darauf sollte auch Charlottenburg ein Denkmal bekommen.

In der unmittelbaren Nachbarschaft zur ehemaligen Wallstraße war Mitte der 1930er-Jahre der Richard-



Das neugebaute Werkstatt- und Verwaltungsgebäude des Deutschen Opernhauses an der Ecke Maikowskistraße/Richard-Wagner-Straße, noch ohne die Gedenk- und Brunnenanlage, 1936

Wagner-Platz neugestaltet worden. Ebenso hatte das Deutsche Opernhaus in den Jahren von 1934 bis 1936 zusätzliche Verwaltungs- und Werkstätten-Bauten erhalten. Im Zuge dieser Aktivitäten wurde an der Ecke Maikowskistraße/Richard-Wagner-Straße hinter der Oper eine sogenannte Brunnen- und Schmuckplatzanlage mit Maikowski-Gedenkstätte geschaffen. Am 30. Januar 1937 erfolgte die Einweihung des von der Boller-Stiftung finanzierten Ensembles. Es bestand aus einem Brunnen, aus dem eine Säule mit bronzenener Siegfried-Gestalt ragte. Etwas davon entfernt zur Straße prangte eine etwa zwei Meter hohe Steinplatte aus Muschelkalk, die mit dem Namen und einem Relief von Maikowski versehen war. An der Zeremonie nahmen hohe Repräsentanten der Stadt Berlin und der SA teil, darunter Hohenzollernprinz August Wilhelm von Preußen. Auch Vertreter von Polizei, SS und Wehrmacht waren anwesend.¹⁰



Einweihung der Hans Eberhard Maikowski Gedenk- und Brunnenanlage; im Hintergrund links die ehemalige Wallstraße, 30. Januar 1937

Spätestens 1937, mit der Publikation „Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin“, avancierten das Ensemble und die Bronzetafel an der Maikowskistraße 52 zu regelrechten SA-Wallfahrtsorten.¹¹ Welche Reaktionen die Stätte bei der Bevölkerung des „Kleinen Wedding“ auslöste oder ob es sogar heimliche Widerstandsaktionen gegen sie gab, ist nicht überliefert. Tatsächlich war die Anlage aber weitaus mehr als eine

maßgeschneiderte Grünfläche, die inmitten der tristen Mietshäuser des proletarischen Charlottenburg etwas „fehl am Platz“ (Orig.: „out of place“) schien.¹² Vielmehr dürfte sie bei zahlreichen Anwohner*innen aus der Arbeiterschaft eine in Stein geschlagene Warnung an den Terror des „Maikowski-Sturmes“ gewesen sein, womit das NS-Regime zugleich seine Macht demonstrierte.

Während der NS-Zeit ging die Erinnerung an den frühen Widerstand jedoch nicht unter – sie wurde vielmehr in Familiengedächtnissen oder in Widerstandsgruppen bewahrt. Schrift- oder Erinnerungsstücke wurden oft ins Ausland geschafft. Die bereits erwähnten Aufzeichnungen von Hans Schwalm gelangten zunächst in die Tschechoslowakei. Sie erschienen 1935 auszugsweise in Paris und dann als Zeitungs-Fortsetzungsroman in Bern. Als Buch kam der Roman „Unsere Straße“ 1936 in Moskau und 1938 in London heraus. Mit seinem Werk



Die Brunnenanlage mit Bronzefigur, angelehnt an ein Siegfried-Motiv von Richard Wagner, 30. Januar 1937



Steinplatte mit Maikowski-Relief und Halterung für Kränze, 30. Januar 1937

schuf der Autor den widerständigen Bewohner*innen der Wallstraße ein literarisches Denkmal. Zu Richards Hüttig und seinen Kampfgenossen hielt Schwalm fest: „Hier gingen sie mit mir, hier standen wir oft. An der Ecke Berliner Straße bleibe ich stehen, sehe zu dem blauweißen Namensschild der Straße hinauf: Maikowskistraße. Diese Straße soll einmal Richard-Hüttig-Straße heißen.“¹³ Der Wunsch sollte sich nicht erfüllen.

Gedenken nach 1945

Nach dem Ende des NS-Regimes und des Zweiten Weltkrieges wurde der öffentliche Raum in Berlin umfassend entnazifiziert: Hakenkreuze verschwanden von Gebäuden, Denkmäler wurden geschliffen und Straßennamen getilgt. Bereits wenige Wochen nach Kriegsende gab es erste Feiern und vereinzelte improvisierte Gedenkorte für Opfer des Naziregimes. Als Berlin am 9. September 1945 erstmals den „Tag der Opfer des Faschismus“ beging, wurden in allen Bezirken öffentliche Namenslisten ermordeter Widerstandskämpfer*innen



Ehrung für Otto Grüneberg am OdF-Tag in der Schloßstraße, 9. September 1945

aufgestellt und an vielen ihrer ehemaligen Wohnstätten Zeremonien abgehalten. Auch in Charlottenburg erinnerte man an den einstigen Wohnhäusern von Otto Grüneberg und Richard Hüttig an deren Schicksal.

In den ersten zwei Jahren nach Kriegsende verlief die Umbenennung von Straßen noch recht unkoordiniert. Zwar gab es eine zentrale Stelle, die Vorschläge

sammelte; einzelne Bezirke ergriffen aber auch selbst die Initiative. Bereits 1946 lag ein neuer Stadtplan aus dem Schwarz-Verlag vor, der zahlreiche neue Namen aufwies. Diese waren oft in Klammern gesetzt, was nach der Erläuterung hieß, dass die Namen „nur vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats Gültigkeit“ hätten.¹⁴ Für Charlottenburg (und andernorts) wies der Stadtplan zahlreiche Straßen auf, die Namen von Kommunisten

trugen: Die Gatschkestraße war nunmehr nach dem KPD-Mitglied Walter Harnecker benannt, der im November 1933 im „Maikowski-Haus“ ermordet worden war. Der Zauritzweg trug den Namen von Richard Hüttig. Die ehemalige Wallstraße hieß Zillestraße und ehrte den berühmten Berliner Künstler Heinrich Zille.¹⁵

Die Berliner Wahlen vom Oktober 1946 waren für die Sozialdemokrat*innen ein großer Erfolg. Der neue SPD-geführte Magistrat setzte im Sommer 1947 allerdings nur einen Bruchteil der vorgeschlagenen Straßennennungen um. Die genannten Kommunisten wurden nicht berücksichtigt, stattdessen bekamen die Straßen andere – zumeist stadthistorische – Bezeichnungen. Der Zauritzweg behielt sogar seinen Namen. Erst im Zuge einer Reihe von weiteren Umwidmungen im Jahr 1950 würdigte man auch Richard Hüttig. Nach ihm wurde der Hüttigpfad benannt, der zur ehemaligen Hinrichtungsstätte Plötzensee führte. Zu einer Zeit, als in West-Berliner Bezirken die Polizei bereits rigoros gegen „kommunistische Wühlarbeit“ vorging, war diese Ehrung von stadtoffizieller Seite durchaus bemerkenswert. Einige Jahre später wurde Hüttigs Foto sogar in eine Galerie von Widerstandskämpfer*innen des Bezirks im Rathaus Charlottenburg aufgenommen.

Anfang der 1950er-Jahre erhielt Otto Grüneberg – zwanzig Jahre nach seinem Tod – eine dauerhafte Ehrung, als an seinem ehemaligen Wohnhaus eine Tafel für ihn angebracht wurde. An vielen Orten in der Stadt initiierte zu diesem Zeitpunkt insbesondere die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) zahlreiche Tafeln und Gedenkfeiern. Ende 1959 brachte die Organisation in der Seelingstraße 21 eine Tafel für Richard Hüttig an. Diese unterschied sich maßgeblich von vorherigen Tafeln, denn sie hob hervor, er sei „Antifaschist und Kommunist“ gewesen. Zudem nannte die Inschrift abschließend das KPD-Kürzel. Drei Jahre nach dem Verbot der Partei in Westdeutschland war die Tafel somit auch ein Protest gegen die Politik der Bundesrepublik. Anklagend und mit Verweis auf die ungesühnte Nazijustiz ließ die Organisation nach der Anbringung verlauten: „Richard Hüttig war das erste politische Blutopfer der Hitlerschen Terrorjustiz, deren

Amtsträger ja heute wieder in großer Zahl im Amt sind, um erneut 'Recht' zu sprechen.“¹⁶

Neben der VVN prägte im Bezirk Charlottenburg vor allem der „Bund der Verfolgten des Naziregimes“ (BVN) die frühe Erinnerungskultur. Ganz im Gegensatz zur VVN war der Verband von der West-Berliner Politik akzeptiert, trat jedoch ebenfalls als unbequemer Mahner auf. Wiederholt warnte er vor neonazistischen Aktivitäten. Darunter waren sogar Fälle, die auf ein Fortbestehen von SA-Treffpunkten in Charlottenburg nach 1945 zu weisen schienen. So meldete eine BVN-Angehörige 1951, in einem Lokal in der Bleibtreustraße trieben „stark nazistische Elemente ihr Unwesen“. Oft werde dort das Horst-Wessel-Lied gesungen, die Beobachterin des Vorfalls sei von mehreren Männern des Lokals sogar mit



Doppelte Straßenbeschilderung in den Ruinen der Wallbeziehungswise Zillestraße, 1946

den Worten „Schlagt sie tot“ bedroht worden. Unweit der Zillestraße meldete ein Mitglied weitere Vorfälle. Im Restaurant „Zum Ostpreußen“ würden „nationalsozialistische Lieder gesungen“ und „Nazis verkehren“. Einer der jungen Männer habe sich sogar „gebrüstet, Nazi zu sein“ und verlauten lassen, dass „es wieder losgehen wird.“¹⁷

Tatsächlich schienen in Charlottenburg in den 1950er-Jahren noch starke Verbindungen von ehemaligen SA-Leuten (und Neonazis) zu existieren. Eine Zeitung berichtete sogar von Drohbriefen an Zeugen, die gegen ein einstiges Mitglied des SA-Sturmes 33 vor Gericht aussagen wollten. Unterzeichnet war das Schreiben mit „Die Kameraden des Maikowsky-Sturmes“.¹⁸ Auf ein Fortwirken der Angehörigen des Sturmes wiesen auch Beobachtungen, die 1954 das „Sonderreferat Neofaschismus“ im BVN machte. Das Referat war gegründet worden, um die Aktivitäten extrem rechter Parteien und Gruppierungen zu dokumentieren. Nach seinen Erkenntnissen war das offenbar nur teilweise geschliffene Maikowski-Denkmal hinter der Deutschen Oper weiterhin ein Treffpunkt von ehemaligen SA-Männern, die dort Kränze ablegten und Ehrenwachen hielten. Die Polizei tolerierte dies. In einem Bericht des Referates lautete es: „Sie bewachen das noch immer – ohne Kopf – vorhandene Denkmal in der Zillestr. Sie hätten sogar die Frechheit gehabt, den von der Polizei beschlagnahmten Kranz zurückzufordern und ihn auch erhalten. Nachts stünden 2 Mann am Denkmal Posten. Als unsere Leute ankamen, um den Sachverhalt festzustellen, seien die ‘Posten’ ausgerissen. Ein [...] angehaltener Funkwagen habe ein Eingreifen abgelehnt. [...] Erst nach längerer Zeit sei ein zweiter Funkwagen erschienen, der, mit der Behauptung, er sei alarmiert worden, weil ‘verdächtige Elemente das Denkmal umstürzen wollten’, sie selber [G.K.: ihre Personalien] feststellte!“¹⁹

Über das weitere Wirken der SA-Seilschaften im „Kleinen Wedding“ nach 1945 geben die Berichte des „Referates Neofaschismus“ keine Auskunft. Auch zum weiteren Umgang mit dem Maikowski-Denkmal liegen keine weiteren Erkenntnisse vor. Nachdem 1954 auch die Presse über den Vorfall berichtet hatte, kam es noch zu einem kurzen Briefwechsel zwischen dem Kunstamt

und dem Amt für Bau- und Wohnungswesen, in dem die Frage aufgegriffen wurde, wie mit den „Resten“, also der Säule der ehemaligen Brunnen-Anlage, umgegangen werden sollte.²⁰ Danach verliert sich jedoch die Spur, und es ist wahrscheinlich, dass die Überreste Ende der 1950er-Jahre beseitigt wurden, als die Deutsche Oper einen Neubau erhielt. Heute erinnert nichts daran, dass an der Straßenecke einmal ein Denkmal für den Anführer einer skrupellosen Truppe von Mördern und Verbrechern stand.



*Junge Besucher*innen unter dem Foto von Richard Hüttig (ganz links) in der Galerie im Rathaus Charlottenburg, 1. November 1973*

Geschichtsvermittlung seit den 1970er-Jahren

Der Drehbuchautor Klaus Volkenborn hielt vor einigen Jahren in einem Interview über seine damalige Motivation zum Dokumentarfilm „Unsere Straße“ fest: „Vorreiter des Widerstands waren für uns die Geschwister Scholl und Graf Stauffenberg. Und plötzlich merkt man, dass uns in der Schule ein wesentlicher Teil der deutschen Geschichte vorenthalten wurde. Und da wird man natürlich sauer und ist ziemlich erbost über dieses System. Das war ein wichtiger politisch-emotionaler Zugang für mich.“²¹ Tatsächlich rückte der kommunistische Widerstand erst in den 1970er-Jahren langsam ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit, als unter anderem antifaschistische Stadtrundfahrten Tausende junge Menschen zu Stätten des Widerstandes und der NS-Verfolgung führten. Bis dahin waren Ge-

denkfeiern wie etwa für Otto Grüneberg nur von einer kleinen Minderheit unterstützt worden. In den 1980er-Jahren bildete sich schließlich ein breiteres Bündnis linker Gruppen, das die Ehrungen an der Tafel in der Schloßstraße organisierte – darunter die VVN, die Alternative Liste, die Falken, die Jusos, die Berliner Geschichtswerkstatt und die SEW. Im November 1989 wurde dann die nahegelegene „Straße am Parkplatz“ in Otto-Grüneberg-Weg umbenannt.²²

Nochmals vergingen Jahrzehnte, bis im Jahr 2006 der erste Stolperstein in Berlin für ein Opfer der tödlichen Misshandlungen im „Maikowski-Haus“ verlegt wurde, und zwar für den Kommunisten Georg Stolt. Im April 2011 wurde auf Initiative des Historikers Michael Roeder am Haus der Jugend in der Zillestraße eine Gedenk- und Informationstafel für 71 Widerstandskämpfer*innen angebracht, die sich im Charlottenburger Arbeiterviertel den Nationalsozialisten entgegengestellt hatten und dafür ermordet oder zu hohen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilt worden waren. Im September 2011 folgte die Einweihung einer Gedenkstele, die den historischen Ort des frühen Konzentrationslager „Maikowski-Haus“ kennzeichnet.

Derartige Initiativen im öffentlichen Raum und historische Aufklärung sind von großer Bedeutung. Nicht zuletzt sind sie ein wichtiges Gegenstück zu Geschichtsfälscher*innen und Verharmloser*innen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die in den letzten Jahren regen Zulauf verzeichnen. Auch die neonazistische Szene bezieht sich bei öffentlichen Auftritten der letzten Jahre verstärkt auf die SA und ihre glorifizierten toten Kämpfer. Zudem erscheinen in einschlägigen – vermeintlich wissenschaftlichen – Verlagen Publikationen, die angeblich historische Forschung betreiben, in Wirklichkeit jedoch nichts anderes als eine unverhohlene Ehrung der NS-„Blutzeugen“ darstellen.²³ Umso mehr muss gelten, diesen Phänomenen entschieden zu begegnen und interessierten Personen stattdessen Fakten zu bieten. Dazu gehört auch, an den einstigen NS-Kultstätten über die Vergangenheit zu informieren. Im einstigen „Kleinen Wedding“ geschieht dies zumindest im kleinen Rahmen mit der 2011 am Haus

der Jugend angebrachten Tafel: es ist der Ort der einstigen Maikowskistraße 52, der in den Jahren von 1933 bis 1945 für die NS-Propaganda missbraucht wurde.

Gerd Kühling

Dr. Gerd Kühling ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und Mitglied im Vorstand des Aktiven Museums.

1) „Straße im Widerstand“, Regie: Gerhard Braun, Klaus Volkenborn, Rainer K. G. Ott, Wolfgang Kroke, Bundesrepublik Deutschland 1975. Ich danke der Deutschen Kinemathek für die Unterstützung zur Sichtung.

2) Vgl. Sven Reichardt, Vergemeinschaftung durch Gewalt. Der SA-„Mördersturm 33“ in Berlin-Charlottenburg, in: Stefan Hördler (Hg.), SA-Terror als Herrschaftssicherung. „Köpenicker Blutwoche“ und öffentliche Gewalt im Nationalsozialismus, Berlin 2013, S. 110-129, hier S. 117.

3) Vgl. Heinrich-Wilhelm Wörmann, Widerstand in Charlottenburg, hg. von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (= Reihe Widerstand in Berlin 1933-1945 ; 5), Berlin 1991, S. 39ff.

4) Hier zitiert nach: Oliver Reschke, Der Kampf der Nationalsozialisten um den roten Friedrichshain 1925-1933, Berlin 2020, S. 45.

5) Jan Petersen, Unsere Straße. Eine Chronik. Geschrieben im Herzen des faschistischen Deutschlands 1933/34, Berlin; Weimar 1974, S. 77.

6) Irene Mayer von Götz, Terror im Zentrum der Macht. Die frühen Konzentrationslager in Berlin 1933/34-1936, Berlin 2008, S. 69-73.

7) Petersen, Unsere Straße, S. 290.

8) In Charlottenburg wurden die Rosinenstraße und die Straße Am Volkshaus in Gatschkestraße umbenannt, die

Kirchhofstraße in Ahéstraße und die Grünstraße in Kaufmannstraße.

9) Daniel Siemens, Dem SA-Mann auf der Spur. Nationalsozialistische Erinnerungspolitik im Berlin der 1930er-Jahre, in: Hördler, SA-Terror, S. 147-163, hier S. 153f.

10) „Weihe einer Gedenkstätte für Hans Eberhard Maiowski“ in: Völkischer Beobachter vom 31. Januar 1937.

11) Julius-Karl von Engelbrechten/Hans Volz (Hg.), Wir wandern durch das nationalsozialistische Berlin. Ein Führer durch die Gedenkstätten des Kampfes um die Reichshauptstadt, München 1937, S. 116f.

12) Jay W. Baird, To die for Germany. Heroes in the Nazi Pantheon, Bloomington 1990, S. 100.

13) Petersen, Unsere Straße, S. 287.

14) Jürgen Karwelat, Ein Berliner Stadtplan von 1946 – seiner Zeit voraus, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), Sackgassen. Keine Wendemöglichkeit für Berliner Straßennamen, Berlin 1988, S. 9-23, hier S. 12.

15) Die Ahéstraße wurde nach dem KPD-Mitglied Erich Kurz benannt. Der einstige Charlottenburger Bezirksverordnete war 1944 im Zuchthaus Brandenburg-Görden ermordet worden. Die Kaufmannstraße trug den Namen des SPD- und Reichsbanner-Angehörigen Theodor Haubach, der 1945 in Plötzensee ermordet worden war.

16) „Ein reiner Justizmord“ – Gedenktafel für Richard Hüttig, in: Der Mahnruf, Ausgabe Januar/Februar 1960.

17) Protokolle der BVN-Bezirksgruppe Charlottenburg vom Dezember 1951, in: Sammlung BVN, Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

18) „Sühne für faschistische Bluttat“, in: Berliner Zeitung vom 16. Mai 1952.

19) Protokoll der BVN-Vorstandssitzung vom 2. Juli 1954, in: Sammlung BVN, Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

20) Ich danke Sonja Miltenberger und dem Museum Charlottenburg-Wilmersdorf herzlich für diese Information.

21) Interview Jochen Voit mit Klaus Volkenborn am 21. April 2005 in Berlin, in: <https://erinnerungsort.de/interviews/>

22) Harald Marpe, Tatort Schloßstraße: Der Mord an Otto Grüneberg am 1. Februar 1931, Berlin 2013, S. 27-28.

23) Ulli Jentsch/Frank Metzger, Die „Blutzeugen der Bewegung“ im Blick des heutigen Neonazismus, in: Yves Müller/Reiner Zilkenau (Hg.), Bürgerkriegsarmee. Forschungen zur nationalsozialistischen Sturmabteilung (SA), Frankfurt am Main 2013, S. 417-432, hier S. 421ff.

CROWDCURATIO: AUSSTELLUNGEN GEMEINSAM VIRTUELL KURATIEREN

Im Verbund mit berlinHistory e.V. entwickelt das Aktive Museum zurzeit ein digitales Tool für gemeinschaftliche und dezentrale Formen der Zusammenarbeit. Mit crowdCuratio entsteht eine web-basierte Arbeitsplattform, die es ermöglichen soll, Ausstellungen virtuell in Arbeitsgruppen zu kuratieren. Dabei wird nach Bedarf mit externen Beteiligten wie Schulen, Universitäten, Initiativen und anderen Gruppen zusammen gearbeitet. Die digitale Plattform soll Transparenz über die verschiedenen Erarbeitungsschritte von Ausstellungsprojekten herstellen und eine prozessorientierte Arbeitsweise auf Augenhöhe ermöglichen. Alle Beteiligten erhalten einen gleichberechtigten Zugang zu einem eigenen geschlossenen und passwortgeschützten Arbeitsraum im Content Management System. Dort ist für alle der aktuelle Stand der Erarbeitung zugänglich. Im Ergebnis kann eine virtuelle Ausstellung als Ergänzung oder Ersatz einer physischen Ausstellung entstehen.

Die für crowdCuratio entwickelte Software wird als Creative Commons publiziert. berlinHistory e.V. wird crowdCuratio in ihre Plattform integrieren, langfristig pflegen und weiteren interessierten Akteur*innen zur Verfügung stellen.

Bedarfs- und Anforderungsanalyse

Die Ausstellungen des Aktiven Museums werden in wechselnden, temporären und divers besetzten Arbeitsgruppen erarbeitet. Dabei kommen Mitglieder und Freund*innen des Vereins mit externen Interessierten und Gestalter*innen zusammen. Die Beteiligten bringen ihr Engagement, teils langjährige Erfahrungen in der Kuratierung von Ausstellungen und meist ganz unterschiedliche Professionen in die Projekte ein. Um diese vielseitigen Hintergründe und Erfahrungen im Rahmen einer Anforderungs- und Bedarfsanalyse in die Entwicklung von crowdCuratio einzubeziehen, wurden

Kurator*innen und Gestalter*innen abgeschlossener Ausstellungsprojekte des Aktiven Museums befragt: Welche Arbeitsabläufe waren produktiv, wo ergaben sich durch die spezifische Arbeitsweise des Aktiven Museums möglicherweise Probleme?

Mitglieder ehemaliger und bestehender Arbeitsgruppen sind herzlich eingeladen, sich in der Geschäftsstelle des Aktiven Museums zu melden, wenn sie mit einem (Online-)Interview zur Entwicklung von crowdCuratio beitragen möchten.

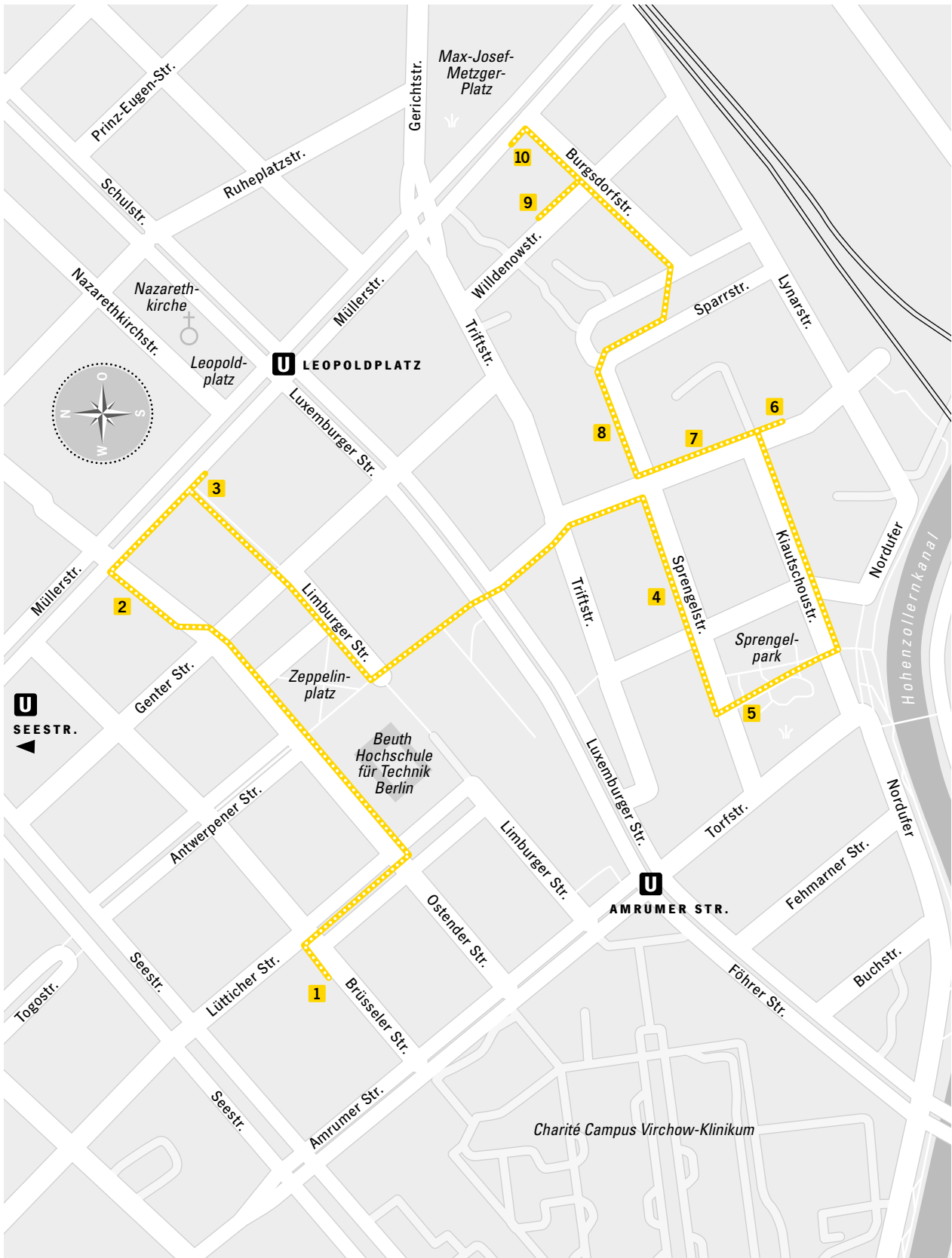
Agile und interaktive Projektentwicklung

Zusätzlich besteht die Chance, den Prototyp der digitalen Kuratierungs- und Ausstellungsplattform im Austausch mit einer neuen Arbeitsgruppe des Aktiven Museums und der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin zu erproben. So nimmt derzeit ein Projekt zur Erforschung und Dokumentation von „Judenwohnungen“ und „Judenhäusern“ in Berlin Gestalt an. Weiterführende Informationen der Initiator*innen zur Projektidee lassen sich im letzten Mitgliederrundbrief des Aktiven Museums Nr. 84 (Januar 2021) nachlesen. Die Erfahrungen dieser Arbeitsgruppe können später in die Weiterentwicklung der Software von crowdCuratio einfließen.

Das Projekt crowdCuratio wird für ein Jahr im Rahmen der Förderrichtlinie „Digitale Entwicklung im Kulturbereich“ von der Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa unterstützt und durch kulturBdigital begleitet. Die geförderten Projekte werden zudem durch das Institut für Kulturelle Teilhabeforschung (IKTf) im Hinblick auf die Umsetzung von Teilhabe-Strategien wissenschaftlich evaluiert. Unter <https://crowdcurat.io> erscheint ein Blog, der die Projektentwicklung beschreibt und dokumentiert.

Astrid Homann

Astrid Homann ist Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums, für das sie das Projekt crowdCuratio koordiniert. Sie arbeitet in der Bildungsabteilung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und als freie Ausstellungsmacherin.



Karte: Bettina Kubanek

VOM ANTI-KRIEGS-MUSEUM ZUM KURT-SCHUMACHER-HAUS

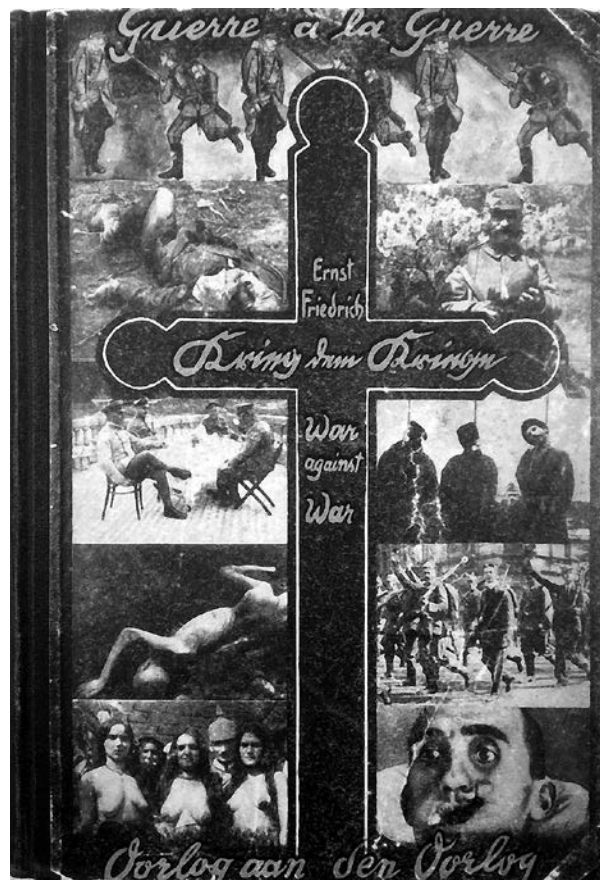
Ein historischer Rundgang zu Gedenktafeln, Stolpersteinen und anderen Erinnerungszeichen an die Zeit des Nationalsozialismus

Startpunkt ist die Brüsseler Straße 21. In der Nähe befindet sich die Haltestelle U Seestraße. Von dort die Müllerstraße in südöstlicher Richtung, nächste Kreuzung rechts beginnt die Brüsseler Straße, drei Querstraßen weiter auf der rechten Seite liegt das Anti-Kriegs-Museum.

1 Seit 1984 erinnert hier das Anti-Kriegs-Museum an den Pazifisten ERNST FRIEDRICH, gegründet von seinem Enkel Tommy Spree. Geboren am 25. Februar 1894 in Breslau (heute Wrocław), begann Friedrich eine Buchdruckerlehre und ließ sich zum Schauspieler ausbilden. Von Beginn an engagierte er sich politisch in der Arbeiterjugend.

Heute gilt Ernst Friedrich als Anarchosyndikalist und Pazifist. Eingezogen zum Ersten Weltkrieg, verweigerte er den Kriegsdienst und beteiligte sich an Sabotageakten in Rüstungsbetrieben. Er wurde verhaftet. Der Erste Weltkrieg prägte ihn nachhaltig: In den 1920er-Jahren entstand das Buch „Krieg dem Kriege“, in dem er dessen Grausamkeiten zeigte, und er gründete das erste Anti-Kriegs-Museum. In der Parochialstraße gelegen, entwickelte es sich zu einem friedenspolitischen Treffpunkt.

1933 verwüstete die SA Friedrichs Museum, und er selbst saß bis Ende 1933 in „Schutzhaft“. Nach seiner Entlassung flüchtete Friedrich mit seiner Familie nach Belgien, wo er ein neues Anti-Kriegs-Museum errichtete. Nach Kriegsbeginn floh er vor der deutschen Besatzung nach Frankreich, wo er sich dem Widerstand anschloss. Nach der Befreiung wurde er französischer Staatsbürger und baute eine Begegnungsstätte für Frieden und Völkerverständigung auf. Friedrich starb am 2. Mai 1967 in Le Perreux-sur-Marne.



Ernst Friedrich, *Krieg dem Kriege*, Verlag Freie Jugend, Berlin, Cover der Ausgabe von 1924

Vis-a-vis in der Lütticher Straße teilt ein Grünstreifen die Straße, der Weg heißt Ernst-Friedrich-Promenade. Die Bezeichnung ist in Karten erwähnt, das Schild entspricht dem Design für Grünflächenbezeichnungen. Seit 2005 steht am Anfang des Weges die Metallskulptur „Das Gewehr zerbrechen“ des Künstlers Angelo Monitillo. Der Titel greift das Symbol der internationalen Friedensbewegung auf.

- Der Weg führt auf der Ernst-Friedrich-Promenade entlang bis zur Ostender Straße. Wenn man in diese links einbiegt, stehen auf der rechten Straßenseite Altbauten der „Beuth Hochschule für Technik Berlin“. Der Name der erst seit 2009 so benannten Hochschule wurde 2018 zum Streitpunkt, weil Peter Beuth (1781–1853) Antisemitismus vorgeworfen wurde.
- Nach einem Symposium und Interventionen des ASTA

zum Thema entschied die Akademische Versammlung, den Namen abzulegen. Ab 1. Oktober 2021 soll die Institution den Namen „Berliner Hochschule für Technik“ tragen. Das Wegeleitsystem über den Campus, der den Brüsseler Kiez entscheidend prägt, trägt noch den alten Namen, zudem verweist es auf einzelne Gebäude: die Beuth-Halle, das Beuth-Haus. Am Zeppelinplatz entlang, quer über die Genter Straße, befinden sich auf der linken Seite in der Ostender Straße seit Dezember 2007 vor den Hausnummern 2a und 2 fünf Stolpersteine für Menschen mit dem Nachnamen Schwarz.

2 Vor dem Eingang 2a liegen Stolpersteine für LEEW und TANA SCHWARZ. Über das Ehepaar gibt es bislang kaum Informationen. Leew Schwarz wurde am 20. Dezember 1878 in Schrimm (heute Śrem) in Schlesien geboren, Tana Schwarz am 10. März 1876 in Zülz (heute Biała) in Schlesien. Er musste Zwangsarbeit in der Deutschen Gummiwarenfabrik Weißensee leisten. Zuletzt wohnten sie in der Ostender Straße 2 bei Emil Schwarz zur Untermiete.

Vor dem nächsten Eingang liegen drei Stolpersteine für das Ehepaar EMIL und TONI Schwarz und ihre Tochter VERA. Emil Schwarz, geboren am 10. September 1883 in der Provinz Posen (heute Poznań), zog nach Berlin, arbeitete hier als kaufmännischer Angestellter und heiratete die in Lautenburg am 24. August 1892 geborene Toni Finkenstein. Sie hatten drei Kinder Hildegard, Vera (geboren am 31. Dezember 1917) und Günther. 1918 eröffnete Emil Schwarz sein Familienunternehmen für Wollwaren in der Reinickendorfer Straße 4, in dem das Ehepaar und die älteste Tochter Hildegard arbeiteten. Der Betrieb sicherte ein Leben in Wohlstand.

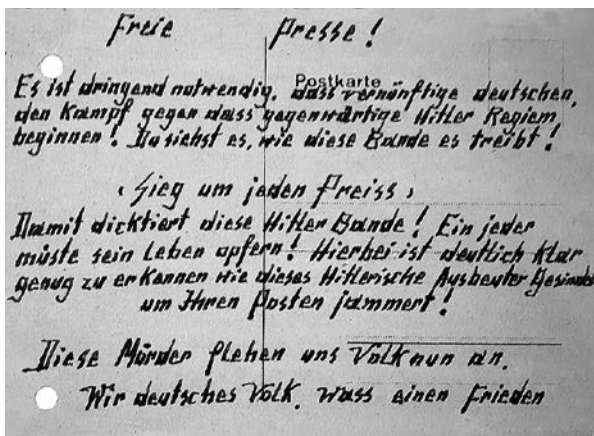
Aufgrund der antisemitischen Maßnahmen im Nationalsozialismus lief das Geschäft nicht mehr erfolgreich, Schwarz verkleinerte seine Firma. Gleichzeitig bezogen sie eine kleinere Wohnung in der Ostender Straße 2. 1938 mussten sie ihr Geschäft endgültig aufgeben. Zwei Kindern gelang die Flucht ins Exil über Shanghai. Die im Wedding wohnenden Angehörigen mussten

Zwangsarbeit leisten, die Eltern bei P. Schützler und die Tochter Vera bei Spindler. Am 28. März 1942 wurden die drei ins Ghetto Piaski deportiert, dort verlieren sich die Spuren.

Die Straße geradeaus bis zur Müllerstraße, dann rechts am Rathaus Wedding entlang. Das Backsteingebäude wurde 1928 bis 1930 von Friedrich Hellwig im Stil der Neuen Sachlichkeit als erster Verwaltungsbau im „alten Teil“ Groß-Berlins erbaut. Am Ende öffnet sich der Rathausplatz mit Rathaustrum, Café und Bibliothek. Es gab langjährige Bemühungen, den Platz nach Elise und Otto Hampel zu benennen. Das gelang nicht. Resultat war ein Kompromiss: die Umbenennung eines Teils der Limburger Straße zwischen Müllerstraße und Genter Straße, eines Fußgängerwegs, als Elise-und-Otto-Hampel-Weg. Außer der Gedenktafel am Weddinger Wohnort in der Amsterdamer Straße 10 befindet sich seit 2018 nun auf dem Rathausplatz eine Erinnerungsstele.

3 ELISE LEMME, geboren am 27. Oktober 1903 in Bismark, und OTTO HAMPEL, geboren am 21. Juni 1897 in Mühlbeck, heirateten 1937. Sie stammten aus einfachem Milieu und lebten während des Nationalsozialismus durchaus angepasst. Erst durch den Kriegstod von Elise Hampels Bruder zeigten sie sich betroffen und änderten radikal ihre Einstellung. Sie wurden zu Oppositionellen. Das Ehepaar schrieb etwa zweihundert handschriftliche Postkarten und Handzettel, in denen sie sich gegen das NS-Regime und den Krieg wandten. Im Arbeiterbezirk Wedding, in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld, verteilten sie diese von 1940 bis 1942 in Hauseingängen und -fluren, vereinzelt auch überbezirklich. Aufgrund einer Denunziation wurden sie am 27. September 1942 verhaftet, am 22. Januar 1943 zum Tode verurteilt. Gegenseitige Anschuldigungen und Gnadengesuche halfen nicht: Die Hinrichtung folgte am 8. April 1943 in Plötzensee. Das Ehepaar steht heute für einen individuellen, mutigen Widerstand.

Der „Fall“ blieb in Erinnerung. In Anlehnung an das Ehepaar Hampel schrieb Hans Fallada den Roman „Jeder



Eine der von dem Ehepaar Hampel verteilten Postkarten aus dem Bestand der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

stirbt für sich allein“, der 1947 veröffentlicht wurde. Es folgten Übersetzungen, mehrere Verfilmungen und Dramatisierungen des Stoffes. Erst 2009 erschien der Roman in englischer Sprache und wurde durch diese Rezeption wiederentdeckt.

Die Informationsstele der Künstlerin Ingeborg Lockemann „Wache auf“ wurde am 21. Juli 2018 der Öffentlichkeit übergeben. Die aus Verbundsicherheitsglas hergestellte Stele wurde bereits mehrfach beschmiert und beklebt, in der Nacht zum 29. April 2020 dann sogar vollständig zerstört. Vor Ort protestierten Engagierte aus der Nachbarschaft im Mai für das Gedenken an das Ehepaar. Doch es dauerte bis zum 2. September, bis die Stele neu produziert und wieder aufgestellt wurde, zunächst wegen Bauarbeiten noch verpackt. Erst am 4. Dezember war die Stele wieder sichtbar.

- Der Weg führt den Elise- und Otto-Hampel-Weg entlang, über die Genter Straße hinüber, die Limburger Straße weiter, links liegt der Campus mit dem Wegeleitsystem. Gegenüber des Zeppelinplatzes, links den Fahrradweg zwischen dem Campus entlang, über die Luxemburger Straße hinüber geradeaus in die Tegeler Straße, rechts in die Sprengelstraße bis zur Hausnummer 14: Rechts vom Hauseingang befindet sich ein bepflanzter Holzkübel, ein wenig unscheinbar links davor ein Stolperstein.

4 ANNA DEMLOFF zählt bis heute zu einer der vernachlässigten und zu wenig beachteten Opfergruppen des Nationalsozialismus, zu den „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten.

1904 geboren, wuchs Anna Grossmann in einem bürgerlichen Haushalt auf. Ihr Vater war Heilpraktiker, hatte eine gutgehende Praxis und war Verbandsvorsitzender. Nach ihrer Heirat mit dem Monteur Rudolf Demloff gab es Konflikte mit ihrem Elternhaus, vor allem mit dem Vater. Der Sohn Jürgen erinnerte sich an eine arme und glückliche Zeit der Familie, zu der noch ein weiterer Bruder gehörte. Beide Söhne wurden in den späten 1920er-Jahren geboren.

Unter den familiären Spannungen und den Demütigungen durch den Vater litt Anna Demloff. 1934 wurde sie mit der Diagnose „manisch-depressives



Anna Demloff mit einem ihrer Söhne, um 1930

Irresein“ in die Wittenauer Heilanstalten eingewiesen, die Krankheit zeigte der Amtsarzt an, und sie wurde entmündigt. Am 21. Januar 1935 übernahm Rudolf Demloff die Vormundschaft über seine Frau, und unterschrieb den Sterilisationsbescheid. Anna Demloff wurde zwangssterilisiert.

Die Kinder Erwin und Jürgen wurden zur gleichen Zeit zur „erbbiologischen Überprüfung“ in die Heil- und Pflegeanstalt Eberswalde eingewiesen und erhielten eine Pflegefamilie, mussten ins Waisenhaus und Kinderheim. Der Vater engagierte eine Hausangestellte, um die Kinder zu sich zu nehmen. Bis 1938 hielt er trotz Trennungsdruck die Ehe aufrecht. Am 30. August 1938 ließ er sich scheiden, seine Vormundschaft war damit aufgehoben und Anna Demloff schutzlos der NS-Willkür ausgesetzt. Ihre Spuren verlieren sich. Die letzte Nachricht ist eine fingierte Sterbeurkunde aus der Tötungsanstalt Hartheim bei Linz.

⋮ Von hier geht es weiter die Sprengelstraße an der Osterkirche vorbei, über die Samostraße bis zum Sprengelpark auf der linken Straßenseite. Dort befindet sich eine auffällige stadthistorische Markierung am Eingang zum Sprengelpark.

5 Der Sprengelpark und seine Planung mit Spiel- und Sportplatz begann 2004. Zu dem Projekt gehörte auch die Auseinandersetzung mit der Geschichte vor Ort. So entstanden die Flugzeugintarsie und Informationstafeln, die die historischen Schichten des Geländes zeigen, von seiner industriellen Nutzung als Eisenbahn- und Flugzeugwerk bis zur kleingewerblichen Nutzung der Zeit seit den späten 1940er-Jahren.

Besondere Aufmerksamkeit galt der NS-Geschichte. Schon seit Mitte der 1920er-Jahre wurde auf dem Gelände nicht nur für die zivile, sondern auch die militärische Luftfahrt, seit 1937 gezielt für die Rüstungsindustrie gearbeitet. Die Fertigungsgerätebau GmbH produzierte Vorrichtungen, Werkzeuge und Lehren für das Reichsministerium für Luftfahrt. Es kursierten Gerüchte von kupfernen Dichtungen für die Rakete „V 1“ und der Reparatur von Ersatzteilen für einen Flugzeugbomber.

Gerade die Rüstungsproduktion setzte auf Zwangsarbeit. Einer, der hier eingesetzt wurde und der auch von der Arbeit für militärische Zwecke berichtete, war der Tscheche Vladimir P. In einem Lager in Niederschönhausen musste er mit etwa 65 Tschechen, davon 25 Frauen, 30 Franzosen und 35 Holländern leben, die alle in der Tegeler Straße arbeiteten. Neben schlechten Arbeitsbedingungen gehörten Fliegerangriffe im Lager und bei der Arbeit zu ihrem Alltag. Im November 1944 wurden Büro und Fabrik ausgebombt, das Werk ins Riesengebirge verlagert.

⋮ Nach Durchquerung des Parks liegt der Pekinger Platz, hier links halten bis zur Kreuzung Kiautschoustraße Ecke Samostraße. Alle drei Straßenbezeichnungen verweisen auf die deutsche Kolonialgeschichte in Asien und im Südpazifik – ein nur wenig beachteter Aspekt im Verhältnis zum viel diskutierten Kolonialismus und dem so genannten Afrikanischen Viertel, nicht weit von hier. Weiter entlang der Kiautschoustraße bis zur Kreuzung Tegeler Straße. Von hier aus leicht rechts auf der gegenüberliegenden Seite hinter der Bushaltestelle findet sich am Haus Tegeler Straße 15 eine Gedenktafel.

6 Die Berliner KPM-Gedenktafel ehrt MARIE BURDE, eine „stille Heldin“. Sie lebte in der Erinnerung derjenigen weiter, denen sie während des Nationalsozialismus half und das Leben rettete.

Am 9. Juni 1892 wurde Burde geboren. Sie verkaufte Zeitungen und arbeitete als Lumpensammlerin, sie lebte alleine. Als sie während des Kriegs um Hilfe für einen jüdischen Jungen gebeten wurde, nahm sie ihn auf. Rolf Joseph, sein Bruder Alfred und Arthur Fordanski fanden in ihrer Kellerwohnung in der Tegeler Straße – das Haus steht nicht mehr – Obdach. Ohne Möbel hortete sie in der Wohnung Zeitungen. Sie war Vegetarierin, teilte ihre Lebensmittel mit den Jungen und sammelte weggeworfenes Gemüse auf Wochenmärkten. Mit ihrer uneigennütigen Sorge für die Jungen setzte sie sich Gefahren aus. So suchte die Polizei nach einer nachbarschaftlichen Denunziation ihre Wohnung auf, die Jungen versteckten sich. Im

Frühjahr 1944 brachte sie die drei zu ihrem Grundstück in Schönow bei Bernau.

Für Rolf Joseph war die Erinnerung an Marie Burde und ihre Hilfe wichtig. Nach dem Krieg zog sie nach Ost-Berlin, bis zu ihrem Tod am 12. Juli 1963 bestand der Kontakt. Später erzählte er vor Schulklassen ihre Geschichte. Die Gedenkstätte Yad Vashem ehrte sie mit der Auszeichnung „Gerechte unter den Völkern“ 2012 und am 13. Juli 2015 wurde am Nachbarhaus die Gedenktafel enthüllt.

Nur wenige Schritte weiter nach links in der Tegeler Straße 18/19 befindet sich die heutige Brüder-Grimm-Grundschule, deren Gebäude Anfang des 20. Jahrhunderts gebaut wurden. Neben dem letzten Eingang hängt links die Namenstafel der Schule und rechts eine Gedenktafel aus Bronze.

7 Die individuelle Gedenktafel erinnert an den Lehrer und Widerständler gegen den Nationalsozialismus KURT STEFFELBAUER. Geboren wurde er am 16. Februar 1890 in Görlitz. Als Lehrer ausgebildet, arbeitete er nach dem Ersten Weltkrieg als Sekretär in der Deutschen Demokratischen Partei und der Gewerkschaft, bevor er ab 1926 wieder in den Lehrberuf einstieg, ab 1929 in Berlin. 1933 wurde er entlassen, aber nach wenigen Monaten wieder eingestellt – er führte ein Doppelleben in Schule und in Illegalität. War er zunächst in einer illegalen Lehrergruppe, die entlassene und verfolgte Kolleginnen und Kollegen unterstützte, baute er danach Netzwerke auf, stellte illegale Flugblätter und Schriften her und verteilte sie.

1938 kam Steffelbauer an die 29. Volksschule. Am 28. Mai 1941 wurde er dort verhaftet, seine Wohnung in der Altonaer Straße 21 durchsucht und er dann ins Polizeigefängnis Alexanderplatz gebracht. Verhöre und die Überstellung in die Untersuchungshaftanstalt Moabit folgten. Die Anklage lautete auf „gemeinschaftlichen Hochverrat“, am 10. Januar 1942 wurde Steffelbauer zum Tode verurteilt. Gnadengesuche, u.a. von seiner Frau, wurden abgelehnt. Am 21. Mai 1942 wurde er in Plötzensee hingerichtet.



Kurt Steffelbauer, Porträt auf dem Cover des gleichnamigen Buches von Heidrun Joop, Berlin 2019

Die Gedenktafel geht zurück auf die Initiative des Kollegiums der Schule. Die Lehrerin Heidrun Joop begab sich auf Spurensuche, um den Alltag des Lehrers und seinen Widerstand zu recherchieren. Auf diese Weise wollte sie ihn und seinen Alltag in den Schulklassen vermitteln. Am 28. Mai 2008 fand die Enthüllung der Erinnerungstafel statt.

Der Weg führt geradeaus weiter bis zur Sprengelstraße, dort rechts. Auf der linken Seite liegt vor der Sprengelstraße 6, mittig vor der Hauseingangstür, ein Stolperstein.

8 Der Stolperstein erinnert an die aus rassistischen Motiven als Jüdin verfolgte HEDWIG MÜLLER. Hochbetagt wurde die Witwe aus der Wohnung geholt und am 10. März 1944 nach Theresienstadt und von



Sprengelstraße 1934

dort zwei Monate später, am 16. Mai, nach Auschwitz deportiert. Ihr Todesdatum ist unbekannt.

Hedwig Levy, so ihr Geburtsname, wurde am 18. Juni 1873 in Selchow geboren. Sie heiratete und bekam drei Kinder, Leo, Walter und Margarete. Ihr Mann starb vor dem Ersten Weltkrieg. Nach 1933 flüchteten Verwandte nach Ungarn, der Heimat ihres Mannes. Auch ihre Tochter Margarete überlegte mit der Familie dorthin zu fliehen. Die Mutter wollte jedoch in ihrer Wohnung in Berlin bleiben, so die familiäre Überlieferung. Sie fühlte sich schwach und krank und sagte, was solle Hitler mit einer alten Frau wie ihr tun? Dennoch war sie sich der Gefahr bewusst, verheimlichte sie doch ihren Geburtsnamen. Die Tochter entschied sich mit ihrer Familie in Berlin zu bleiben und kümmerte sich um die schwerkranke Frau.

Als Hedwig Müller von der Gestapo aus der Wohnung abgeholt wurde, war die Enkelin Helga fünf Jahre alt. Sie erinnerte, dass ihre Großmutter im Nachthemd aus der Wohnung gezerrt wurde.

Der Weg führt weiter zum Sparrplatz, dort rechts, hinter dem Spielplatz schräg über den Sparrplatz zur Burgsdorfstraße, diese entlang bis zur nächsten Kreuzung, links in die Willdenowstraße bis zur Hausnummer 8, dem Zugang zur St. Josephskirche, die in der Müllerstraße 161 liegt. Zwischen den Eingängen 8 und 8a hängt mittig eine Gedenktafel aus Bronze. In der Krypta befindet sich seit 1995 eine Gedenkstätte für Max Josef Metzger.

9 Das Porträtre Relief zeigt den Priester und Pazifisten MAX JOSEF METZGER. Wie die Tafel auch erwähnt, lebte Metzger von 1939 bis 1943 in dem Haus. Die zitierten Worte stehen als Motto für sein Leben.

Am 3. Februar 1887 wurde Metzger in Schopfheim geboren. Der promovierte Theologe wurde im Ersten Weltkrieg zum Pazifisten. Gründung von Friedensorganisationen, Völkerverständigung und Ökumene waren ihm religiös motivierte Herzensanliegen. Schon 1932 kritisierte er den Nationalsozialismus und wurde mehrfach verhaftet. Er initiierte die ökumenische Una-Sancta-Bewegung. 1940 ging er nach Berlin, weil er sich dort Sicherheit erhoffte.

In Berlin kam er in Kontakt zu Widerstandgruppen. 1943 verfasste er ein Memorandum zu einer Neuordnung Deutschlands nach dem Krieg, das ins Ausland gebracht werden sollte. Eine Vertraute aus der Una-Sancta-Bewegung verriet dies. Am 29. Juni 1943 wurde Metzger verhaftet. Er wurde des „Hochverrats“ angeklagt, und der Volksgerichtshof verurteilte ihn am 14. Oktober 1943 zum Tode. Seine Haft verbrachte er im Zuchthaus Brandenburg, am 17. April 1944 wurde er hingerichtet.

Wegen seines über die katholische Kirche hinausgehenden internationalen Engagements für Frieden, Esperanto, Ökumene und gegen den Nationalsozialismus ist Metzger breiten Kreisen bekannt. Allein im Wedding gibt es vielfältige Erinnerungsorte: vor der Kirche ein Stolperstein und vis-à-vis der Kirche, neben dem Jobcenter, gibt es seit 1994 den Max-Josef-Metzger-Platz. Im Zuge der Umgestaltung des Platzes 2017 bis 2019 verweisen vier Bodenplatten auf seine biografischen Spuren und sein vielseitiges Engagement. Auf einer Laufstrecke werden Übungsaufgaben in Esperanto und Deutsch empfohlen. Das Landgericht Berlin hob 1997 sein Todesurteil auf. Seit Mai 2006 läuft sein Seligsprechungsverfahren.

Zurück zur Burgsdorfstraße, dort nach links. Am letzten Haus vor der Kreuzung Ecke Müllerstraße verweisen schon die drei schräg verlaufenden SPD-

Fahnenstangen auf das Kurt-Schumacher-Haus in der Müllerstraße 163. Der Stahlbetonskelettbau wurde 1960/61 von Wilhelm Nemack gebaut, gilt als herausragendes Beispiel der Nachkriegsmoderne und steht unter Denkmalschutz. Das Haus ist Sitz des SPD-Landesverbandes und beherbergt auch das August Bebel Institut. Links neben dem Eingangsbereich befinden sich zwei Gedenktafeln.

10 Die obere Gedenktafel erinnert an KURT SCHUMACHER, den Namensgeber des Hauses. Schumacher wurde am 13. Oktober 1895 in Culm (heute Chełmno) geboren. Im Ersten Weltkrieg war er Kriegsfreiwilliger bis zu seiner Verwundung. Er studierte Rechts- und Staatswissenschaften. 1918 trat er in die SPD ein und gehörte dem Arbeiter- und Soldatenrat an. Von 1924 bis 1931 war er SPD-Abgeordneter im Württembergischen Landtag, 1930 bis 1933 Mitglied des Reichstags. Schon am Ende der Weimarer Republik hielt er die KPD für mitverantwortlich am Aufstieg des NS. Nach dem Verbot der SPD wurde Schumacher verhaftet und war die meiste Zeit zwischen 1933 bis 1945 in verschiedenen Konzentrationslagern (Heuberg, Kuhberg, Dachau, Flossenbürg) interniert. Auch im KZ lehnte er jegliche Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteiangehörigen ab. 1943, schwerkrank und mit Meldeauflagen entlassen, wurde er im Zuge der „Aktion Gewitter“ erneut verhaftet.

Nach 1945 baute er die SPD von Hannover aus auf, beantragte die Neugründung der Partei. 1946 wurde er zum Parteivorsitzenden gewählt. 1949 kandidierte er für das Amt des Bundespräsidenten – erfolglos. Bis zu seinem Tod war er Oppositionsführer im Bundestag und Gegner der Politik Konrad Adenauers. Er starb am 20. August 1952 in Bonn.

Die zweite Tafel erinnert an die „verfolgten Sozialdemokraten“ unter der nationalsozialistischen und kommunistischen Diktatur. Der sozialdemokratische Arbeitskreis ehemaliger politischer Häftlinge initiierte die Tafel 1986. Geprägt von eigenen Erfahrungen hatten sie sich organisiert, um die westdeutsche Öffentlichkeit über die konkrete Verfolgung von Sozialdemokratinnen



Kurt-Schumacher-Haus, 1962

und Sozialdemokraten durch die sowjetische Besatzung und die DDR zu informieren. Erst 2016 erfolgte ein Zusammenschluss mit den sozialdemokratischen Opfern der NS-Diktatur zur Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten.

Nur wenige Schritte von hier ist die Josephskirche, an der Max Josef Metzger wirkte (siehe Punkt 9). Auf dem Mittelstreifen gegenüber befindet sich der Eingang zur U-Bahnstation Wedding, unweit in südöstlicher Richtung die Müllerstraße entlang liegt der gleichnamige S-Bahnhof.

Heike Stange

Heike Stange, Autorin und Ausstellungsmacherin, arbeitet seit 1991 an Projekten des Aktiven Museums mit.

BERLINER ENTSCHÄDIGUNGSAKTEN ALS QUELLE FÜR DIE BIOGRAFIEN TÜRKISCHER JÜDINNEN UND JUDEN

Drei Beispiele: Die Gebrüder Alfandary –
Edmond Adout – Haim Ichoi Avigdor

Zehntausende Akten in Berliner Archiven dokumentieren den Kampf von Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung oder ihrer Hinterbliebenen um Entschädigung. Dabei wurde grundsätzlich unterschieden zwischen der Kompensation für das erlittene Leid (Schaden an Leib, Leben, Gesundheit, Freiheit, im beruflichen Fortkommen) und der Rückerstattung geraubten Eigentums.¹ Die Ausstellung VERFAHREN, über „Wiedergutmachung“ im geteilten Berlin, die eine Arbeitsgruppe des Aktiven Museums 2015 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erarbeitete, dokumentierte am Beispiele von 27 Einzelfällen die unterschiedliche Praxis der damals beiden deutschen Staaten gegenüber den verschiedenen Verfolgtengruppen.²

NS-Opfer nicht-deutscher Nationalität sind in den Akten unterrepräsentiert. Dies zeigt eine Recherche nach Entschädigungsakten türkischer Jüdinnen und Juden in beiden genannten Berliner Beständen (LABO und WGA). Bei den Personen, die Anträge stellten, handelte es sich entweder um Überlebende oder Nachfahren, die nach 1945 wieder hier lebten, oder um Personen, die aufgrund Bildung und sozialer Stellung über die rechtlichen Möglichkeiten und die komplizierten und sich mehrfach ändernden Bedingungen informiert waren. Im Fall der türkischen Jüdinnen und Juden kommt erschwerend hinzu, dass internationale jüdische Organisationen, die in zahlreichen Ländern jüdische Ansprüche gegen Deutschland unterstützten, nicht vertreten waren. Die eingesehenen Akten zeugen häufig in beschämender Weise von dem bürokratischen bis zuweilen herabsetzenden Umgang der Behörden mit den Antragsteller*innen. Nicht nur enthalten die Formulare selbst NS-Vokabular („Volljude“), auch die



Das Alfandary-Haus in der Zimmerstraße 79-80 in Berlin-Mitte

Begründungen zur Ablehnung von Ansprüchen bedienen sich häufig dieser Sprache. Zumindest subjektiv entsteht der Eindruck, als wäre es Maxime vieler Sachbearbeiter*innen gewesen, den Antragsteller*innen keinen Glauben zu schenken und Ansprüche zunächst a priori abzulehnen. In den oft verzweifelten Briefen der Angehörigen kommt zum Ausdruck, wie herabsetzend jene diese Verfahren erlebten.

Im folgenden Text geht es jedoch nicht um den Inhalt der Verfahren selbst, sondern um die Akten als Quelle für die Recherche der Biografien und Verfolgungsgeschichten einzelner Verfolgter. So werden in den Akten Namen von Familienmitgliedern, Nachbarn*innen oder Kolleg*innen aus dem Kreis türkischer Juden erwähnt, die bislang nicht bekannt oder deren Verwandtschaftsbeziehungen unbekannt waren, wodurch Zusammenhänge nachvollziehbar werden. Auch kommen in den Entschädigungsakten Überlebende oder Nachfahren Ermordeter selbst zu Wort, über die sonst häufig nur Dokumente der NS-Verfolgungsbehörden (Häftlingskarten der Konzentrationslager, Deportationslisten oder die Listen der Oberfinanzdirektion über die beschlagnahmte Wohnungseinrichtung Deportierter) vorliegen. Drei Beispiele biografischer Spurensuche türkischer Jüdinnen und Juden in Berlin seien hier skizziert:

Die Gebrüder Alfandary

In der Zimmerstraße 79-80 befindet sich das denkmalgeschützte „Alfandary-Haus“, das 1913/1914 nach einem Entwurf des Architekten John Martens errichtet wurde. Eine Plakette an der Fassade verweist auf die ehemaligen Besitzer und Namensgeber des Hauses: „Hier lebten und arbeiteten die Gebrüder Jacques Alfandary, Moise Alfandary, Salomon Alfandary und Raphael Alfandary“. Auf diese vier Namen beschränken sich die Informationen.³

Die Firma „Gebrüder Alfandary“ – oder wie es auf der Inschrift am Haus ursprünglich hieß „Frères Alfandary“ – war eines der wichtigsten Handelshäuser für Orientteppiche, ursprünglich mit Hauptsitz in Istanbul, wo auch alle vier der genannten Brüder geboren wurden. In Berlin war die Firma ab den 1890er-Jahren vertreten. Neben der Niederlassung in Berlin gab es bald eine in London sowie weitere Handelsvertretungen in Mailand und Paris.

Die beiden ältesten Brüder der Gründergeneration, Jacques (geb. 1869) und Moise (geb. 1871), zogen schon bald nach der Jahrhundertwende nach Paris respektive London, um die Firma dort zu vertreten. Das Berliner Handelsregister führt für die 1930er Jahre die jüngeren Brüder Salomon (geb. 1877) und Raphaël sowie ab 1931 auch Albert Alfandary als Geschäftsführer. Albert (geb. 1900 in Istanbul) war der einzige Sohn von Jacques, dem ältesten der vier Brüder. Er kam 1915, also während des Ersten Weltkrieges nach Berlin, da sein Vater befürchtete, er würde eingezogen werden. Um zu vermeiden, dass ihm die türkischen Stellen als bald Wehrpflichtigen die Ausreise verweigerten, ließ der Vater das Geburtsdatum auf einer Bescheinigung des Rabinats um zwei Jahre herabsetzen.⁴ So kam er nach Berlin, wo er das Gymnasium besuchte, studierte und später die Firma der Familie leitete.

Als unverheiratetes, jüngstes Mitglied der Familie war es nach 1933 seine Aufgabe, die Firma in Berlin weiterzuführen, während seine Onkel – soweit sie zu dieser Zeit noch in Berlin ansässig waren – mit

ihren Familien Deutschland verlassen hatten. Einen gewissen Schutz genoss Albert durch seine türkische Staatsangehörigkeit. Zudem war er Mitglied und ab 1931 stellvertretender Vorstand der türkischen Handelskammer in Berlin⁵, wodurch er auch in direktem Kontakt zum türkischen Konsulat stand. Am 31. August 1939 – buchstäblich in letzter Minute vor Beginn des Zweiten Weltkrieges – floh auch er zunächst nach London. Später lebte er in den USA.

Als einziger aus der Gründergeneration fiel Raphaël Alfandary mit seiner Frau Lea (geb. Caraco) den deutschen Mördern zum Opfer. Eine Schilderung ihres Schicksals durch ihren Sohn Albert Raphaël findet sich in den Entschädigungsakten.⁶ „Nach ihrer Auswanderung aus Berlin im November 1938 lebten meine



Albert Alfandary im Fenster seines Geschäfts, um 1938

Eltern erst in Brüssel. Später, im Mai 1940, flüchteten sie nach Südfrankreich, und zwar erst nach Marseille und 1941 nach Nizza. Dort verschlechterte sich ihre Lage und besonders nach Juni 1942 drohte ihnen andauernd Verhaftung und sie waren gezwungen, öfters und für längere Zeit versteckt zu leben.“ Zu dieser Zeit (ab 1942) korrespondierten die Eltern Raphaël und Lea mit ihren Kindern über einen Freund der Familie in Lissabon, der die Briefe weiterschickte. In der Akte findet sich die Kopie eines Briefes vom 18. September 1943, den die Mutter Lea in der dritten Person verfasst hat. Darin heißt es: „Mit großen Kummer schreibe ich dir, dass Léa und Raphaël sehr krank sind und wohnen jetzt bei Frau Escondidos [spanisch für „versteckt“] [...] Ihnen bekommt das Klima nicht mehr. Sie gehen beide gar nicht mehr aus. Raphaël ist sehr niedergeschlagen.“

Dies war eines der letzten Lebenszeichen seiner Eltern, die Albert Rafael erhielt. Nach der Befreiung des Landes fuhr er sofort nach Frankreich, um das Schicksal seiner Eltern zu ermitteln. „Anfang 1944 flüchteten sie in die französische Jura, erst nach St. Claude und dann nach l’Essard St. Sauveur, ein kleines Dorf in der Nähe von St. Claude [...]. Anfang April wurde dieses Dorf und die Umgebung von deutschen Truppen besetzt und am 11. April wurden meine Eltern verhaftet und nach St. Claude zurückgeschleppt. Mein Vater wurde am nächsten Morgen mit einigen anderen Männern in ein kleines Bauernhaus in der Nähe von St. Claude gebracht, dort erschossen und verbrannt. Meine Mutter blieb bis 15. April 1944 in St. Claude verhaftet und wurde dann nach Compiègne und Drancy abtransportiert und von dort am 20. Mai 1944 nach Auschwitz deportiert, woher sie nicht zurückkehrte.“ Am 7. Juli 2012 wurde am Ort seiner Ermordung im Jura eine Stele für Raphaël Alfandary und die mit ihm Erschossenen errichtet.⁷

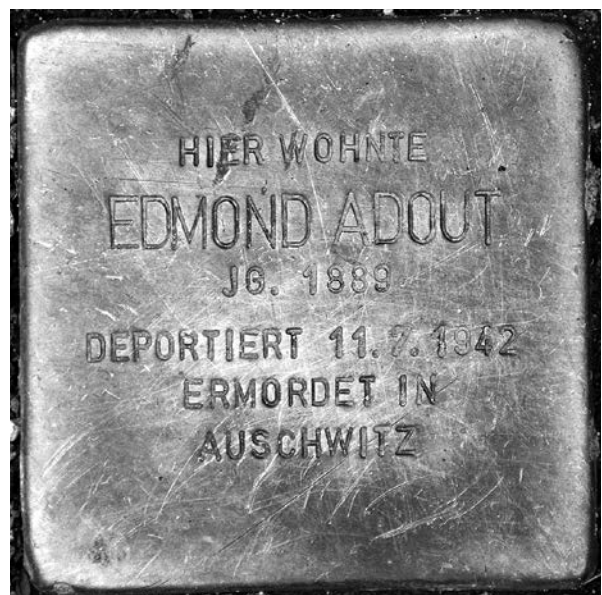
Im Januar 1944 wurde auch Regine Alfandary-Farhi, eine der Töchter des ältesten Bruders Jacques und Schwester von Albert Alfandary, aus Frankreich mit ihrem Ehemann Leon Farhi und ihrer Tochter Arlette nach Auschwitz in den Tod deportiert.⁸ Regine hat vermutlich niemals in Berlin gelebt. Doch wie aus

einer der Entschädigungsakten hervorgeht, lief die Korrespondenz der Firma während des Krieges über die Adresse ihres Vaters Vitali Farhi in der neutralen Türkei.

Die anderen drei Brüder der Gründergeneration starben in ihren neuen Aufenthaltsländern eines natürlichen Todes: Jacques 1942 in Paris, Moise 1949 in London und Salomon 1977 (hundertjährig) in Kalifornien.

Edmond Adout

In der Dortmunder Straße 9 in Berlin Moabit erinnert ein Stolperstein an Edmond Adout. Fast alles, was über ihn bekannt ist, entstammt den Entschädigungsakten.⁹ Geboren wurde er 1899 in Adrianopel/Edirne, damals mit 13 Synagogen und zahlreichen jüdischen Gelehrten eine der wichtigsten jüdischen Gemeinden des Osmanischen Reiches. 1916 war Edmond Adout nach Berlin gekommen.¹⁰ Ab 1924 wohnte er in der Dortmunder Straße, von wo aus er seinen Handelsbetrieb für Felle und Schwämme betrieb. Seit 1932 lebte er hier gemeinsam mit seiner Sekretärin und Lebensgefährtin.



Vor der Dortmunder Straße 9 in Moabit erinnert ein Stolperstein an Edmond Adout.

In den ersten Jahren der nationalsozialistischen Verfolgung schützte ihn zunächst seine türkische Staatsangehörigkeit, doch 1937 oder 1938 entzog ihm die Türkei die Staatsbürgerschaft. Eine Ehe mit seiner nicht-jüdischen Partnerin war zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Nürnberger Gesetze nicht mehr möglich. Um trotzdem weiterhin arbeiten zu können und den Schikanen der NS-Behörden zu entgehen, konvertierte Adout bei einem muslimischen Geistlichen in Berlin zum Islam.¹¹

Normalerweise bot eine Konversion, insbesondere wenn sie nach 1933 erfolgte, keinen Schutz vor Verfolgung. Im Fall von Adout wollten die NS-Behörden sich offenbar absichern, möglicherweise war den deutschen Stellen der Verlust der Staatsangehörigkeit auch noch nicht bekannt. Um Adouts Zugehörigkeit zum Judentum nachzuweisen, wandten sich die NS-Stellen im März 1941 über das deutsche Konsulat in Istanbul an das Oberrabbinat in Istanbul. In einem auf Türkisch verfassten Schreiben bat das Konsulat um Zusendung der Papiere bezüglich Edmonds Zugehörigkeit zur jüdischen Gemeinde.¹² Eine Antwort auf diese Anfrage ist nicht überliefert. Es ist aber durchaus denkbar, dass das Rabbinat dem Konsulat die geforderten Unterlagen in guter Absicht zugeleitet hat. Das Büro des Rabbinats erhielt regelmäßig Anfragen türkischer oder ehemals osmanischer Juden aus aller Welt mit Anfragen nach standesamtlichen Dokumenten. 15 Monate später, am 9. Juni 1942, wurde Edmond Adout zur Polizeidienststelle für Ausländer in der Burgstraße bestellt. Von dort kam er nicht mehr zurück, sondern wurde nach einem Monat Haft am 11. Juli 1942 nach Auschwitz deportiert. Wie aus der Deportationsliste hervorgeht, befanden sich im gleichen Transport noch 13 weitere Jüdinnen und Juden türkischer Herkunft: Die sechsköpfige Familie Zawaro, die Familie Spiryel (3 Personen) und die Familie Cohen (4 Personen).¹³ Keiner von ihnen überlebte.

Nach Adouts Deportation wurde auch sein gesamter Warenbestand und die in Büro und Wohnung vorhandenen Wertsachen beschlagnahmt. Die Akten dokumentieren den mühseligen Kampf der Hinterbliebenen – seiner Lebenspartnerin und seiner Verwandten



Die türkische Presse berichtete mit Genugtuung über die Festnahme vermeintlich wohlhabender Nichtmuslime und präsentiert die jüdischen Anwälte Gad Franko und Şekip Adut wie Verbrecher.

– um Rückerstattung und Entschädigung. Sie offenbaren aber gleichzeitig die Einstellung der Beamt*innen. So heißt es in einem Schreiben der „Sondervermögens- und Bauverwaltung beim Landesfinanzamt Berlin“ vom 5. April 1965, Adout hätte die Waren in seinem Lager (30 Säcke importierter Schwämme), die bei seiner Verhaftung beschlagnahmt wurden und für die die Hinterbliebenen Entschädigung verlangten, nach 1938 als Jude doch gar nicht besitzen dürfen.

Aus der Akte ergeben sich aber auch interessante Informationen zur Familie von Edmond Adout: Während seine Brüder Raphaël und Maurice ebenfalls die Türkei verlassen und sich in Paris bzw. Lausanne niedergelassen hatten, handelt es sich bei seinem ältesten Bruder Şekip Adut (geb. etwa 1874 in Edirne)¹⁴ um einen der bekanntesten Rechtsanwälte der damaligen Türkei. Gemeinsam mit Gad Franco und Mişon Ventura fungierten sie als Repräsentanten der jüdischen Gemeinde in der

jungen Republik. Während der Jahre 1942/43 wurden sie zur bevorzugten Zielscheibe der nationalistischen und antisemitischen Kampagne, die die sogenannte „Varlık Vergisi“ (Vermögenssteuer) begleitete. Hierbei handelte es sich um eine Sondersteuer, die – unter dem Vorwand der durch die hohen Kriegskosten verursachten Krise – vor allem dazu diente, Juden und Christen zu enteignen. Die für sie willkürlich festgelegten Summen waren häufig astronomisch und betrugten das zehnfache der von Muslim*innen geforderten Steuern. So sollte Şekip Adut 375.000 Lira bezahlen. (Der Wert des Türkischen Pfund lag 1942/43 bei etwa zwei Reichsmark. Zum Vergleich: Das Jahresgehalt eines Lehrers oder mittleren Angestellten lag damals bei 5-600 Lira.)

Der Besitz derjenigen, die nicht in der Lage waren, diese riesigen Summen aufzubringen, wurde öffentlich versteigert.¹⁵ Anfang 1943 wurden 1.200 Personen (mehrheitlich Juden, aber auch Christen) zur Zwangsarbeit in Lager in Ostanatolien verschleppt, „um ihre Steuerschulden abzarbeiten“. Um auch den damals bereits 65 Jahre alten Şekip Adut zu deportieren, wurde die ursprünglich auf 60 Jahre festgesetzte Altersgrenze angehoben. Genüsslich und voller Häme zeigte die türkische Presse Bilder des betagten Adut beim Schneeschaukeln oder anderer körperlich anstrengender Arbeiten. Ziel der Deportationen in der Türkei war wohlgerneht die Erniedrigung, nicht die Ermordung der Juden (und Christen). Im Dezember 1943 wurden die Deportierten wieder frei gelassen. Ihren Besitz erhielten sie indes nicht zurück. Şekip Adut verstarb 1961 in Istanbul.

Haim Ichoi Avigdor

Nicht nur für biografische Recherchen zu Einzelpersonen, sondern auch, um ein Gesamtbild der türkisch-jüdischen Community in Berlin zu rekonstruieren, erweisen sich die Berliner Entschädigungsakten als wichtige Quelle. Nicht wenige türkische Jüdinnen und Juden hatten Verwandte in anderen europäischen Ländern, was eine Emigration aus Nazideutschland erleichterte. Wie Raphael und Lea Alfandary wurden viele von ihnen ab 1940 in den europäischen Nachbarländern von der Verfolgung eingeholt.

Einem, dem die Flucht nach Übersee gelang, ist Haim Ichoi Avigdor, damals Rabbiner der türkisch-jüdischen Gemeinde in Berlin. Er war 1883 in Edirne geboren, wo er eine Schule der „Alliance Universelle Israélite“ besuchte. Nach seiner Ausbildung an der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin engagierte ihn der „Israelitisch-Sephardische Verein“ als Rabbiner. Damit war er auch für die religiöse Unterweisung an der 1915 eingerichteten Gemeindeschule zuständig. Im August 1928 heiratete er die ebenfalls aus der Edirne stammende Sara Nessim. In Berlin kamen 1929 die Tochter Rosa und 1932 der Sohn Salvador zu Welt.

Mehrere Zeitzeugen, die damals Jugendliche waren, berichteten, dass „der Rabbiner Avigdor“ sie auf ihre Bar-Mitzwa vorbereitet habe.¹⁶ Das Schicksal der Familie war jedoch unbekannt. Jochanan Asriël, einer seiner früheren Schüler, fragte mich wiederholt nach Informationen über Avigdor. Ein Grund für die Schwierigkeit, Informationen über „Rabbiner Avigdor“ zu finden, liegt darin, dass sein offizieller Familienname „Ichoi Avigdor“ war, während er von seinen früheren Schülern nur als „Herr Avigdor“ erinnert wurde. Die Entschädigungsakten von 1966 dokumentieren die Bemühungen von Frau Ichoi Avigdor, eine Rückerstattung bzw. einen finanziellen Ausgleich für Schmuck und Gegenstände aus Edelmetall zu erhalten, die sie im März 1939, zwei Monate vor ihrer Auswanderung, hatten abliefern müssen.¹⁷ Die Ablieferung von Schmuck und Wertsachen war durch die „Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens“ vom Dezember 1938 angeordnet worden. Aus den Akten geht aber ebenfalls hervor, dass die Familie noch im Mai 1939 gemeinsam nach Mexiko emigrieren konnte. Dies ist bemerkenswert, da die Familie zu diesem Zeitpunkt staatenlos war. Haim Ichoi Avigdor verstarb 1958 in Mexiko eines natürlichen Todes. Seine früheren Schüler hätten sich gefreut zu erfahren, dass er gerettet wurde.

Corry Guttstadt

Dr. Corry Guttstadt ist Turkologin und Historikerin. Seit 2007 ist sie Mitglied im Aktiven Museum.

1) Die Akten der „Entschädigungsbehörde“ befinden sich im Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) Berlin; die Rückerstattungsakten, irreführend als „Wiedergutmachungsakten“ bezeichnet, werden im Landesarchiv Berlin (LAB) verwahrt und sind unter www.wga-datenbank.de auch im Internet recherchierbar. Es ist allerdings befremdlich, dass dort auch die Namen sämtlicher Antragsteller (häufig also die Namen noch lebender Kinder und Nachkommen der Geschädigten) mit Adressen öffentlich einsehbar sind.

2) Zur Ausstellung ist seinerzeit im Lukas Verlag ein Katalog erschienen, der über den Buchhandel erhältlich ist.

3) Dies gilt sowohl für die Seite „Die bewegte Geschichte des Alfandary-Hauses“ der heutigen Betreiber des Hauses (<https://raumanmietung.de/die-bewegte-geschichte-des-alfandary-hauses/>) als auch für die entsprechende Wikipedia-Seite. Letztere verweist bezüglich des Schicksals der Familienmitglieder auf die Ausstellung „Vom Bosphorus an die Spree. Türkische Juden in Berlin“, die 2010 in der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum gezeigt wurde. Die in der Ausstellung enthaltene Tafel zur Familie Alfandary musste jedoch nach Protesten der Familie wegen zahlreicher Fehler abgehängt werden.

4) Information von Albert Alfandarys Tochter Jacqueline an die Verfasserin. Dies erklärt, weshalb sein Geburtsjahr in einigen der hiesigen Dokumente als 1902 erscheint.

5) Akte der türkischen Handelskammer Berlin im LAB, B Rep. 042, Nr. 26815.

6) LABO, Akte 256.411 (Lea Alfandary), Schreiben Albert Rafael Alfandarys vom 4. August 1959. Für das Zitat wurde die Rechtschreibung des auf Deutsch verfassten Schreibens Albert Rafael Alfandarys der neuen Schreibweise angepasst und geringfügige Schreibfehler korrigiert.

7) L’Hebdo du Haut-Jura vom 19. Juli 2012.

8) Ein Kurzportrait der Familie und ihres Schicksals findet sich im Gedenkbuch Muestros Dezaparesidos: Mémorial des Judéo-Espagnols Deportés de France, Paris 2019, auf S. 602.

9) Rückerstattungsakte im Landesarchiv Berlin: 23 WGA 414-60 und Akte 4310 der „Entschädigungsbehörde“ im LABO Berlin. Auch die Kurzbiografie auf der Internetseite der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin stützt sich auf diese Akten.

10) Aus der Anfrage des deutschen Konsulats in Istanbul beim Büro des Oberrabbiners in Istanbul vom 6. März 1941, CAHJP, Tr/Ist/ 151.

11) Schreiben seines Bruders Maurice Adout vom 28. Februar 1966, LAB, 23 WGA 414-60.

12) Schreiben des Deutschen Konsulats in Istanbul vom 6. März 1941, CAHJP, TR / Ist1/151 – 1941.

13) Deportationsliste des 17. Osttransports vom 11. Juli 1942, BLHA.

14) Nach islamischem Kalender war er 1291 geboren, das entspricht dem Jahr 1874 unserer Zeitrechnung.

15) Die Zeitung Tan vom 5. Februar 1943 berichtete en détail über die Versteigerung von Şekip Aduts Wohnungseinrichtung.

16) So Jochanan Asriel im Interview mit der Autorin (Mai 2008) und Isaak Behar in seiner Autobiografie „Versprich mir, dass du am Leben bleibst“, Berlin 2002, S. 51.

17) Landesarchiv Berlin, 22 WGA 1337/65.

ÜBER ERNA LUGEBIEL, GEB. VOLEY (1898-1984)

anlässlich der Anbringung einer Berliner
Gedenktafel in der Grolmanstraße 28

Ende Februar 2021 wurde am Haus Grolmanstraße 28 in Charlottenburg eine Gedenktafel angebracht. Dort hatte Erna Lugebiel nach der Befreiung aus dem KZ Ravensbrück mit ihrer Tochter Ingrid und der 1948 geborenen Enkelin Jeanine gewohnt. Es gab pandemiebedingt keine Veranstaltung zu diesem Anlass: Familie und Freund*innen holen das Ende August nach und gedenken anlässlich ihres 123. Geburtstages.

Erna und ihre Schwester besuchten die Höhere Töchterschule in Frohnau. Die Eltern betrieben dort seit 1911 eine Konditorei samt Café im Geschäftshaus am Bahnhofplatz (heute Ludolfingerplatz). Der Inhaber, Richard Voley, lockte in einem Inserat mit einem Raucher- und einem Billard-Zimmer. Frauen hatten zu beiden Räumen keinen Zutritt, ihnen war der „Damen-Salon“ vorbehalten.

Nach ihrem Schulabschluss arbeitete Erna zunächst als Aushilfe im Café. Sie wollte Friseurin werden. Auf Drängen der Mutter erlernte sie das Schneiderhandwerk. Im Alter von 17 Jahren heiratete sie den Montageingenieur Willi Lugebiel. 1916 kam die Tochter zur Welt. Das junge Paar segelte in der Freizeit gemeinsam auf dem Tegeler See.

Erna Lugebiel, eine lebenslustige moderne Frau, betrieb seit den 1930er-Jahren als Schneidermeisterin ein Modeatelier im Wedding, in dem bis zu vier Näherinnen beschäftigt waren. Sie fertigte fast ausschließlich für jüdische Auftraggeber.¹ Damit konnte sie sich selbst, ihre Tochter, ihre Schwester und ihre Mutter über die Runden bringen.

Über die Besitzer des Tabakwarengeschäfts im Wohnhaus in der Exerzierstraße im Wedding und Mitglieder der Ballettschule, die die Tochter besuchte,



Erna Lugebiel zu Weihnachten Anfang der 1930er-Jahre

erfuhr Erna Lugebiel mehr über die schrittweise Entrechtung von Jüdinnen und Juden. Gegenüber Kundinnen ihres Modeateliers sprach sie sich gegen deren Ausgrenzung aus und nähte trotz Verbots für den jüdischen Pianisten Erich Marcuse. Dieser wurde nach dem Novemberpogrom 1938 ins KZ Buchenwald verschleppt, bis seine – in „Mischehe“ lebende – Schwägerin die Ausreise organisiert hatte. 1943 wurde diese nach Theresienstadt deportiert.

Seit 1940 war Erna Lugebiel als Telefonistin beim Oberkommando des Heeres zwangsverpflichtet. 1935 war die Scheidung von ihrem Mann erfolgt, der aktives Mitglied der SA geworden war. So wohnte sie nun mit ihrer Tochter in der Chausseestraße 82 (Berlin-Wedding) – ihre Schwester und ihre Mutter lebten auf dem gleichen Flur nebenan. Sie pflegte eine enge Freundschaft mit einer Apothekerswitwe und deren Lebensgefährten, Ernst Kühn (KPD). Dieser bat sie, für aus politischen oder rassistischen Gründen Verfolgte Unterkünfte zu organisieren sowie Kleidung und Nahrungsmittel zu besorgen: „Ich habe das gar nicht als Widerstand betrachtet, man handelte eben aus dem menschlichen Gefühl.“ So beschrieb Erna Lugebiel ihre Unterstützung der Aktivitäten des „Kampfbundes“.

Der 1930 gegründete „Kampfbund gegen den Faschismus“ war die Nachfolge des verbotenen „Rot-

frontkämpferbundes“. Nach 1933 blieben örtlich und regional Kleingruppen im Widerstand aktiv. Neben der Hilfe für Verfolgte und ihre Familien druckten und verteilten sie Flugblätter und Zeitungen.

Am 29. Juli 1943 verhaftete die Gestapo Erna Lugebiel. Über das Polizeigefängnis Alexanderplatz kam sie in die Untersuchungsanstalt Moabit, wo die Verhöre von teils schweren Misshandlungen begleitet waren. Fast ein Jahr verbrachte sie im Untersuchungsgefängnis Charlottenburg in der Kantstraße 79, hier blieben die Gefangenen von Willkür weitgehend verschont. In der dortigen Kleiderkammer, wo sie arbeitete, konnte sie heimlich Hilfsmittel, Medikamente und Nahrung für ihre Mitgefangenen besorgen. Ende August 1944 legte man ihr die Anklageschrift mit einem Sammelsurium an Vorwürfen vor. Da man ihr aber nichts nachweisen konnte, sprach das Kammergericht sie frei. Gleichwohl ordnete die Gestapo „Schutzhaft“ an. So führte Erna Lugebiels Weg über die Gestapo-Gefängnisse Große Hamburger Straße und Oranienburger Straße in das Gefängnis Kaiserdamm. Hier lernte sie die Hamburger Kommunistin Katharina Jacob (1907-1989) kennen, die ebenfalls aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden war. Nach wenigen Tagen zurück im Polizeigefängnis Alexanderplatz wurde sie eines Nachts gegen 3 Uhr in Begleitung eines Gestapobeamten mit der Straßenbahn zum Bahnhof (vermutlich Gesundbrunnen) und von dort mit dem Personenzug nach Fürstenberg und weiter nach Ravensbrück gebracht.

Hier begegnete sie Katharina Jacob wieder und fand Anschluss an kommunistische Mitgefangene: So berichtete sie im Interview mit Gerda Szepansky über die seit 1941 als Häftlingspflegerin eingesetzten Hilde Boy (1909-1973), über Maria Wiedmaier (1886-1977), über Trude Klapphuth (1914-??), die zeitweise bei der Lagerpolizei eingesetzt war und über die Blockälteste Martha Paucka (1895-1976), die ihr zur Funktion der Stubenältesten im Block 7 (Innere Abteilung) verhalf. Später als Schreiberin im Krankenrevier nutzte Erna Lugebiel ihre Position, um sich für ihre Mithäftlinge einzusetzen: bei der Verschriftlichung von Listen mit dem Vermerk der SS „Rückkehr unerwünscht“ versuchten die



Erna Lugebiel, Bleistiftzeichnung von France Audoul, 1945

France Audoul (1894-1977), die auf dem ,um 1930‘ datierten Foto in ihrem Pariser Atelier zu sehen ist, war eine französische Malerin, die 1943 als Widerstandskämpferin der Résistance nahe Toulouse verhaftet und in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück deportiert wurde. Dort zeichnete sie heimlich ein Porträt der Stubenältesten Erna Lugebiel und schenkte es ihr. Bis auf ein weiteres Porträt aus Ravensbrück sind alle Originale von Zeichnungen und Ölbildern von France Audoul verloren. Nur dieses Foto der Künstlerin befindet sich noch im Besitz der Familie.

zur Zwangsarbeit Verpflichteten „diese Frauen, überhaupt immer die besonders Gefährdeten, zu verstecken, unsichtbar zu machen. [...] Oft kamen sie dann in den Krankenblock, da wurden Bettkarten ausgeschrieben, Fieberkurven gefälscht, die Karteikarten versteckt, um Kameradinnen vor der Vergasung zu retten“.

Erna Lugebiel, deren Wohnung in der Chausseestraße durch Bomben zerstört worden war, fand nach der Befreiung in der Grolmanstraße 28 für sich und ihre Tochter eine neue Bleibe.² Die 1948 geborene Enkelin Jeanine, die von Erna aufgezogen wurde, damit ihre Mutter Ingrid arbeiten konnte, erhielt den Namen nach einer jungen Französin, die in Berlin einige Zeit Zellengenossin von Erna Lugebiel gewesen war.

Erna Lugebiel blieb mit ihren ehemaligen Mitgefangenen, insbesondere aus Berlin und Umgebung, immer in Verbindung, auch nach dem Bau der Mauer 1961.



Erna Lugebiel, Mitte der 1970er-Jahre

Gemeinsam mit ihrer Tochter Ingrid Rabe setzte sie sich bis zu ihrem Tod für die gesellschaftliche Anerkennung der Lagerhäftlinge ein und engagierte sich gegen das Vergessen der nationalsozialistischen Verbrechen. In Anbetracht ihrer Hilfe für jüdische Verfolgte hätte sie auch eine Würdigung als Gerechte unter den Völkern (חילועה תומוא דיסח) in Yad Vashem verdient.

1982/83 erarbeitete sie zusammen mit der Journalistin Gerda Szepansky eine erste Ausstellung über Frauen im Widerstand, die in West-Berlin gezeigt wurde. Als besonderes Kleinod stellte Erna Lugebiel die auf Seite 31 abgebildete Zeichnung von France Audoul aus dem KZ im Original zur Verfügung: Sie wurde aus der Ausstellung gestohlen. Zum Glück hatte sie sich zuvor eine Kopie gemacht, sodass wir das Portrait digital aufgearbeitet zeigen können.

Jeanine Bochat / Christl Wickert

Jeanine Bochat, Generalsekretärin des Internationalen Ravensbrück-Komitees, ist ehrenamtlich in verschiedenen Positionen im Sozialversicherungsbereich tätig und die Enkelin von Erna Lugebiel.

Dr. Christl Wickert, Historikerin und Kuratorin in den Gedenkstätten Neuengamme, Ravensbrück und Sachsenhausen (u.a. 2015/2016 zusammen mit Ramona Saavedra Santis Forschungs- und Ausstellungsprojekt zu den Krankenrevieren im KZ Ravensbrück), ist seit 2002 Mitglied im Aktiven Museum.

1) Erna Lugebiel: Die Kameradschaft war für mich das Höchste, in: Gerda Szepansky: Frauen leisten Widerstand: 1933–1945. Lebensgeschichten nach Interviews und Dokumenten, Frankfurt am Main 1983, S. 147-184. Daraus auch alle Zitate im Text.

2) Christl Wickert: Gezeichnet. Die medizinische Versorgung durch Häftlingsfrauen in Zeichnungen und Gedichten ehemaliger Patientinnen, in: Ramona Saavedra Santis/ dies. (Hg.): „...unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten“ - Die medizinische Versorgung durch Häftlinge im Frauen-KZ Ravensbrück, Berlin 2017, S. 129-152, hier S. 138 und 139.

LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin

Berlin 2020

5,00 Euro

Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945

Berlin 2019

5,00 Euro

Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus

Berlin 2018

5,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial

Berlin 2015

8,00 Euro

Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939

Berlin 2012

20,00 Euro

Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

AKTIVESMUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.aktives-museum.de

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

info@aktives-museum.de